

Zeitschrift: Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz
Band: 25/1911 (1913)

Artikel: Hochschulen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-20643>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dienst erteilen wir Ihnen die Ermächtigung, bei der Festsetzung der Entschädigung an die Stellvertreter folgende Ansätze zur Anwendung bringen zu dürfen:

1. Für Schultage: *a.* An den Gemeinde- und Fortbildungsschulen Fr. 7; —
b. an den Bezirksschulen Fr. 8.
2. Für Sonntage, welche der Stellvertreter wegen zu großer Entfernung seines Wohnortes am Orte der Stellvertretung zuzubringen hat Fr. 3.

Bei diesem Anlaß teilen wir Ihnen mit, daß auf der Erziehungskanzlei Verzeichnisse über die für Stellvertretung verfügbaren Lehrkräfte geführt werden, und daß in ganz dringenden Fällen, wenn keine andere Stellvertretung möglich gemacht werden kann, auch junge Lehrkräfte aus den Seminarien von Wettingen und Aarau abgegeben werden können.

Im übrigen verweisen wir auf die Verordnung des Regierungsrates betreffend die Lehrerstellvertretung bei Militärdienst vom 2. September 1910 und ersuchen Sie von diesem Kreisschreiben der Lehrerschaft Kenntnis geben zu wollen.

VI. Hochschulen.

47. 1. Instruktion betreffend die bei der Aufnahme von Studierenden an die Hochschule in Zürich zu befolgenden Grundsätze. (Vom 4. Januar 1911.)

1. Die gesetzliche Forderung, daß bei der Anmeldung zur Immatrikulation ein amtlicher Ausweis über das zurückgelegte 18. Altersjahr vorzulegen ist, ist in der Weise zu handhaben, daß der Petent am letzten der für das betreffende Semester vorgemerkten Immatrikulationstage das 18. Altersjahr zurückgelegt hat.

2. Die statutarische Bestimmung, wonach von fremdsprachlichen Bewerbern genügendes Verständnis der deutschen Sprache gefordert wird, ist strenge durchzuführen. Bewerber, die dieser Forderung nicht Genüge leisten, können vom Rektorat zurückgewiesen werden, auch wenn die übrigen Ausweise den Anforderungen entsprechen.

Ausnahmen können nur gemacht werden für solche, die ihre akademischen Studien schon vollendet haben, sich aber an der Hochschule Zürich in bestimmten Fächern ferner wissenschaftlich betätigen wollen.

3. Werden Abgangszeugnisse anderer schweizerischer oder ausländischer Universitäten vorgewiesen, so hat der Bewerber auch die Mittelschulzeugnisse vorzulegen. Von dieser Forderung kann Umgang genommen werden, wenn aus der Exmatrikel hervorgeht, daß der Petent auf Grund eines staatlich anerkannten Maturitätszeugnisses aufgenommen wurde. In Fällen, wo die Immatrikulation auf Grund von Studienausweisen erfolgte, die den hier geltenden Aufnahmebestimmungen nicht gleichwertig sind, ist die Aufnahme zu verweigern und dem Petenten die Aufnahmeprüfung aufzuerlegen.

4. Studierende, die in Bern die Aufnahmeprüfung nach dem dort geltenden Aufnahmereglement vom 11. März 1908 bestanden haben, sind prüfungsfrei aufzunehmen, nicht aber die Studierenden, die die Prüfung nach den früheren Bestimmungen ablegten.

5. Von Theologiestudierenden, seien es Schweizer oder Ausländer, sind Prüfungsausweise in Griechisch und Hebräisch zu verlangen (§ 2 des Aufnahmereglements).

Ausnahmsweise kann der Ausweis über Hebräisch auch nach der Immatrikulation, jedenfalls muß er aber vor der Zulassung zum propädeutischen Examen beigebracht werden.

Die Absolventen der Handelsabteilung der zürcherischen Kantonsschule haben, um an die theologische Fakultät immatrikuliert zu werden, eine Aufnahmeprüfung in den Fächern Latein, Griechisch und Hebräisch abzulegen.

6. Lateinausweis ist für die Aufnahme an die medizinische und die veterinärmedizinische Fakultät, sowie an die Zahnarztschule sowohl von Schweizern, als auch von Ausländern zu verlangen, es sei denn, daß von letztern der amtliche Nachweis erbracht wird, daß Lateinkenntnis in ihrem Heimatlande nicht verlangt wird. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des eidgenössischen Prüfungsreglementes.

7. An alle Fakultäten können immatrikuliert werden:

- a. Die Abiturienten von Gymnasien, deren Maturitätszeugnisse zum Eintritt in die Universität ihres Landes berechtigen, wenn diese Universitäten ungefähr auf derselben Stufe stehen, wie die schweizerischen;
- b. die Abiturienten von ausländischen Realschulen, deren Maturitätszeugnisse zum Eintritt in die technischen Hochschulen ihres Landes berechtigen, wenn das Maturitätszeugnis eine Prüfungsnote in Latein aufweist, oder wenn dem Maturitätszeugnis ein Lateinzeugnis von der obersten Klasse eines Gymnasiums oder der hiesigen Aufnahmeprüfungskommission beiliegt.

8. Die ausländischen Realmaturitätszeugnisse (ohne Latein) berechtigen nur zur Immatrikulation an der staatswissenschaftlichen und an der philosophischen Fakultät.

Es kann angenommen werden, daß die Universitäten und technischen Hochschulen aller europäischen Staaten und englischen Kolonien ungefähr auf derselben Stufe stehen, wie die schweizerischen. Dieses letztere trifft nicht zu für die amerikanischen „Universities“ und „Colleges“.

Die „Licenza di Ginnasio“ des Kantons Tessin und des Königreichs Italien entspricht nicht unserer Maturität. Zur Immatrikulation berechtigt allein die „Licenza liceale“.

9. Die italienischen Volksschullehrerpatente sind nicht ausreichend.

Nach einem Entscheide der Erziehungsdirektion vom 28. Oktober 1898 kann das Entlassungszeugnis und Diplom des Technikums Winterthur nicht als Ausweis über den Besitz der zur Immatrikulation geforderten allgemeinen Bildung betrachtet werden (ausgenommen das Diplom der vom Bunde subventionierten Handelsabteilung, § 3, Absatz 3, des Aufnahmereglementes); demgemäß können auch die Ausweise ähnlicher Anstalten des In- und Auslandes nicht anerkannt werden.

10. Dem Rektorat bleibt, wie bis anhin, überlassen, in Fällen, wo nur in einzelnen Fächern eine Prüfung zu bestehen ist, die Prüfungsfächer zu bestimmen.

11. Dem Rektorat bleibt freigestellt, in Ausnahmefällen Gutachten einer Fakultät einzuziehen.

12. Das Einjährig-Freiwilligen-Zeugnis für das Deutsche Reich kann nicht als ausreichender Studienausweis betrachtet werden. Als Ersatz für die Immatrikulation an der II. Sektion der philosophischen Fakultät ist das deutsche Verbandszeugnis als Chemiker zu betrachten. Das reichsdeutsche Zahnarzt Diplom ohne Maturitätsnachweis ist ungenügend; dagegen kann das Apothekerdiplom für die Immatrikulation an die II. Sektion als ausreichend betrachtet werden.

Das österreichische Einjährig-Freiwilligen-Zeugnis reicht nur zur Immatrikulation für die staatswissenschaftliche und die philosophische Fakultät aus.

13. Bei der Immatrikulation von Studierenden der deutschen Handelshochschulen soll grundsätzlich auf den Besitz von Diplomen, Abgangszeugnissen etc. der Handelshochschulen keine Rücksicht genommen werden, sondern es soll lediglich auf die übrige Vorbildung, speziell Mittelschulbildung, wie bei den übrigen zu Immatrikulierenden abgestellt werden. Diese Handelshochschulen lassen fast jedermann zu, und Diplomirte dieser Schulen möchten in großer Zahl hierher kommen, um nach kurzen Universitätsstudien zu promovieren (Beschluß der staatswissenschaftlichen Fakultät vom 20. November 1906).

14. Von den Schülern des Polytechnikums in Cöthen kann nur das Diplom, nicht aber das sogenannte Vordiplom als genügender Studienausweis für die Immatrikulation an die II. Sektion betrachtet werden, es sei denn, die Aufnahme sei auf Grund eines Maturitätszeugnisses erfolgt.

15. Reifezeugnisse privater Anstalten, ohne staatliche Rechte, werden nicht anerkannt. Von dieser Bestimmung ausgenommen sind eine Anzahl polnische Mittelschulen, welchen infolge der Einführung des Polnischen als Unterrichtssprache die früher gewährten staatlichen Rechte entzogen wurden. Gemäß dem Vorschlag der von der letztjährigen Rektorenkonferenz mit dem Studium der Immatrikulationsverhältnisse betrauten Kommission sind die Ausweise über die bestandene Schlußprüfung:

1. Bei den Anstalten Wojciecki und Kretschmar dem Zeugnis der Reife eines gouvernementalen russischen Knabengymnasiums;
2. beim Privatlyzeum Wroblecki und der Mädchenhandelsschule dem Ausweis über die bestandene Schlußprüfung an einer gouvernementalen russischen Realschule ohne Latein;
3. bei den 20 privaten Warschauer Mädchengymnasien und der Anstalt Walicka dem Ausweis über die bestandene Schlußprüfung bei einem ministeriellen russischen Frauengymnasium,

den staatlich anerkannten russischen Maturitätszeugnissen gleichzustellen und daher anzuerkennen.

16. Von den russischen männlichen Mittelschulen haben nur solche Zeugnisse Gültigkeit, die auch in Rußland zum Studium an Universitäten und polytechnischen Hochschulen berechtigen. Als gültige Mittelschulzeugnisse können gewöhnlich betrachtet werden: Das Attestat der achten Klasse eines klassischen Gymnasiums; — das Abiturientenzeugnis des kaiserlich Alexandrowschen Lyzeums der kaiserlichen Rechtsgelehrtschule; — der Tenischewschen Schule in St. Petersburg (klassische Abteilung).

Diese Zeugnisse haben Gültigkeit für die Immatrikulation an alle Fakultäten.

Für die Immatrikulation an die staatswissenschaftliche und die philosophische Fakultät reichen aus: Das Abiturientenzeugnis der siebenklassigen staatlichen Realschulen, des Gatschinskischen Waiseninstitutes, des Asyls des Prinzen Georgiewitsch, der Seekadettenanstalt, der Kadettenschulen, der Tenischewschen Real- und Kommerzschnle, der kaiserlichen Kommerzschnle in St. Petersburg, der Kommerzschnle der kaufmännischen Gesellschaft in St. Petersburg, der kaiserlichen Kommerzschnle in Moskau, der Akademie der Handelwissenschaften in Moskau, der Alexandrowschen Kommerzschnle in Moskau, der Kommerzschnle in Moskau, der Kommerzschnle Zesarewitsch Alexis in Moskau, der Kommerzschnle in Charkow.

Diese Zeugnisse werden nur dann zur Immatrikulation an der medizinischen und der veterinär-medizinischen Fakultät, sowie der Zahnarztschnle anerkannt, wenn auch ein Lateinzeugnis der obersten Klasse eines Knabengymnasiums oder der hiesigen Aufnahmeprüfungskommission vorliegt; für die theologische Fakultät, wenn auch der Nachweis der Kenntnis des Griechischen und Hebräischen beigebracht wird.

Die Abiturientenzeugnisse der Priesterseminarien reichen nur für die Immatrikulation an die staatswissenschaftliche und die I. Sektion der philosophischen Fakultät aus. Für das Medizinstudium und Studium an der II. Sektion der philosophischen Fakultät ist ein Ergänzungsexamen in Mathematik und Physik zu fordern.

Andere hier nicht aufgezeichnete Studienausweise sollen nur dann anerkannt werden, wenn sie auch in Rußland zum Studium berechtigen.

Die Abiturienten der russischen und polnischen Mädchengymnasien werden nicht prüfungsfrei immatrikuliert. Sie haben eine Aufnahmeprüfung in vier Fächern gemäß dem Regierungsratsbeschuß vom 1. August 1907 abzulegen.

Von dieser Prüfung können dispensiert werden: die Absolventen der vollständigen vierjährigen höhern Frauenkurse in Rußland; ferner solche Russinnen, die sich außer der Absolvierung eines Mädchengymnasiums über ein dem Studienplan entsprechendes, mindestens sechssemestriges akademisches Studium und über ein achtklassiges Lateinzeugnis auszuweisen vermögen.

Ferner reichen zur Immatrikulation nicht aus:

Das russische Volksschullehrerpatent, das Diplom als Feldscher, Apothekergehülfe, Apotheker, Zahnarzt, Hebamme und dergleichen.

17. Die amerikanischen Universitäten entsprechen den unsern insofern nicht, als man in Amerika die Mittelschule zirka zwei Jahre früher verläßt, und zwei Jahre früher als bei uns die Universität bezieht. Die zwei ersten Jahre des Universitätsbesuches entsprechen ungefähr unsern beiden letzten Mittelschulklassen.

Das Rektorat hat also bei den Amerikanern mindestens den Nachweis der Absolvierung der beiden ersten Jahreskurse einer anerkannt guten Universität zu verlangen.

Es gibt in den Vereinigten Staaten sehr viele minderwertige Colleges, deren Zeugnisse unmöglich anerkannt werden können. Die guten Universitäten (die Harvard University führt ein Verzeichnis derselben) sind:

Harvard University, John Hopkins University, Chicago University, Columbian University, Princeton University, University of Pennsylvania, Cornell University, Yale University, Columbia College (medical School) New-York, University of Indiana, University of Illinois, University of Michigan, University of Minnesota, University of Nebraska, University of California, Leland Stanford University, Clarke University Mass, University of Missouri.

Für Frauen: Bryn Mar College, Radcliffe College Cambridge, Barnard College New-York, Wellesley College, Nassau College New-York, Smith College.

Die Titel A. B. (Bachelor of Arts), S. B. (Bachelor of Science), Ph. B. (Bachelor of Philosophy), A. M. (Master of Arts), Sc. M. (Master of Science), Ph. M. (Master of Philosophy), Ph. Dr. (Doctor of Philosophy), Sc. Dr. (Doctor of Science), aber nur obgenannter Universitäten, berechtigen ohne weiteres zur Immatrikulation.

A. B., S. B., Ph. B. setzen ein Studium voraus, das etwa zwei Jahre, A. M., S. M., Ph. M. ein solches, das etwa drei Jahre über unsere Maturitätsausweise einer Mittelschule hinausgeht. Ph. Dr., Sc. Dr. sind unserem Dr. mindestens gleichwertig.

18. Präsentiert ein Bewerber Studienausweise, über deren Wert der Rektor oder die Hochschulkommission irgendwie im Zweifel ist und über die nicht leicht authentische Auskunft verschafft werden kann, so hat der Bewerber die Aufnahmeprüfung zu bestehen.

48. 2. Verzeichnis der Zeugnisse, die zur prüfungsfreien Aufnahme an die Universität Zürich berechtigen. (1911.)

I. Theologische Fakultät.

Schweizerische und ausländische Maturitätszeugnisse humanistischer Gymnasien mit Prüfungsnoten in Griechisch und Hebräisch oder Realmaturitätszeugnisse mit besonderen Prüfungszeugnissen über Latein, Griechisch und Hebräisch, die von der obersten Klasse eines Knabengymnasiums der eidgenössischen Maturitätsprüfungskommission oder der hiesigen Maturitätsprüfungskommission ausgestellt sind.

II. Staatswissenschaftliche Fakultät.

Maturitätszeugnisse aller staatlich anerkannten Gymnasien, Industrieschulen und Realgymnasien.

Diplome der vom Bunde subventionierten Handelsschulen, ausgenommen die Handelsschulen für Mädchen oder ausländischer Handelsschulen von gleicher Höhe.

Zeugnisse ausländischer Mittelschulen, die in dem betreffenden Lande zum Eintritt an staatliche Universitäten oder technische Hochschulen berechtigen.

Berechtigungsschein für den Einjährig-Freiwilligen-Militärdienst in Österreich.

Volksschullehrerpatente aller schweizerischer Kantone, ferner ausländische Lehrerpatente, die in dem betreffenden Lande zur Anstellung als vollwertige Lehrer an Volksschulen berechtigen, ausgenommen die russischen und italienischen.

Die „Licenza liceale“ des Kantons Tessin und Italiens.

Die auf Seite 4 und 5 aufgezeichneten polnischen und russischen Studienausweise. Die Abgangszeugnisse der übrigen ausländischen Handelshochschulen, wenn die Petenten auf Grund von Vorbildungsausweisen aufgenommen wurden, die den hier geltenden Anforderungen entsprechen.

Die amerikanischen Universitätszeugnisse, wenn die im I. Teil aufgezeichneten Bedingungen erfüllt sind.

III. Medizinische Fakultät und Zahnarztschule.

Knabengymnasialmaturitätszeugnisse mit Lateinnote, die in dem betreffenden Lande zum Medizinstudium berechtigen, sowie die auf Seite 4 aufgezeichneten polnischen Knaben-Gymnasialzeugnisse. Ferner die Maturitätszeugnisse von Damen, die den vorstehenden männlichen Gymnasien gleichwertig sind, ausgenommen die russischen.

Maturitätszeugnisse aller staatlichen Realschulen, sowie der unter Rußland und Polen aufgezeichneten, wenn auch ein Lateinzeugnis der obersten Klasse eines staatlichen Gymnasiums oder der hiesigen Maturitätsprüfungskommission vorliegt.

Die Attestate der russischen Mädchengymnasien, wenn auch der Nachweis über die im Regierungsratsbeschuß vom 1. August 1907 auferlegten vier Prüfungsfächer vorliegt, sowie die Absolventinnen der höhern russischen Frauenkurse, wenn ein genügendes Lateinzeugnis beigebracht wird und die Absolventinnen der russischen Mädchengymnasien mit dem Nachweis eines dem Studienplan entsprechenden sechssemestrigen akademischen Studiums und dem achtklassigen Lateinzeugnis.

IV. Veterinär-medizinische Fakultät.

Von Schweizerbürgern ein anerkanntes Maturitätszeugnis.

Von Ausländern die zum tierärztlichen Studium in ihrem Lande erforderlichen Vorkenntnisse (Rußland ausgenommen).

Die für das Medizinstudium geltenden Zeugnisse.

V. Philosophische Fakultät I. Sektion.

Die für die theologische, staatswissenschaftliche und medizinische Fakultät aufgezeichneten Studienausweise, ausgenommen die vom Bunde subventionierten Handelsschuldiplome.

VI. Philosophische Fakultät II. Sektion.

Die für die I. Sektion geltenden Studienausweise, ferner das reichsdeutsche Verbandszeugnis als Chemiker und das reichsdeutsche Apothekerdiplom, sowie das Diplom des Polytechnikums in Cöthen.

49. 3. Reglement für die mit den Universitätskliniken der Universität Zürich verbundenen Polikliniken. (Vom 14. September 1911.)

§ 1. Die mit der Augenklinik, der chirurgischen und der geburtshilflich-gynäkologischen Klinik im Kantonsspital Zürich und in der Frauenklinik ver-

bundenen Polikliniken sind den Direktoren der betreffenden Abteilungen unterstellt.

§ 2. Die Polikliniken werden durch einen dem klinischen Direktor verantwortlichen Arzt geleitet. Dieser wird auf den Vorschlag des Direktors der betreffenden Klinik gewählt, an der chirurgischen Klinik durch die Direktion des Gesundheitswesens, an der Augenklinik und der geburtshülflich-gynäkologischen Klinik durch den Regierungsrat auf die gesetzliche Amtsdauer.

§ 3. Das für den Betrieb der Polikliniken notwendige Wartepersonal untersteht in gleicher Weise wie das übrige Wartepersonal der Verwaltung des Kantonsspitals resp. der Frauenklinik und wird von derselben angestellt.

§ 4. Der klinische Direktor bezeichnet, soweit notwendig, Assistenzärzte, welche den Arzt der Poliklinik während der poliklinischen Sprechstunden in seinen Dienstverrichtungen unterstützen. Eine besondere Vergütung für diese Hilfeleistung findet nicht statt.

§ 5. Es ist dem Arzt der Poliklinik, sofern er dem medizinischen Lehrkörper der Universität angehört, gestattet, im Einverständnis mit dem Direktor der Klinik die poliklinischen Kranken zu Unterrichtszwecken zu benutzen.

§ 6. Die Oberaufsicht über die poliklinischen Institute steht der Direktion des Gesundheitswesens zu, immerhin in dem Sinne, daß Fragen, welche die Polikliniken als Lehrinstitute der Universität berühren, von der Erziehungsdirektion geregelt werden.

§ 7. Der Arzt der Poliklinik erstattet bis Ende Februar des folgenden Jahres jährlich dem Direktor der Klinik zuhanden der Direktion des Gesundheitswesens einen statistischen Bericht über die Tätigkeit des Instituts.

§ 8. Das Recht der unentgeltlichen Benützung der Polikliniken steht zu:

- a) Unbemittelten Kantonsbürgern und im Kanton Niedergelassenen, deren Krankheit sich für poliklinische Behandlung eignet;
- b) außerhalb des Kantons wohnenden Patienten, insofern deren Leiden besonderes klinisches Interesse bietet oder Verträge hiezu verpflichten;
- c) Angestellten der kantonalen Kranken- und Versorgungsanstalten, welche von den betreffenden Direktoren den Polikliniken zugewiesen werden.

§ 9. Leistet eine Poliklinik Patienten Hilfe, die zur Inanspruchnahme der Poliklinik nicht berechtigt sind, so ist durch den leitenden Arzt entsprechend den bestehenden Taxordnungen Rechnung zu stellen. Der Betrag ist durch die Verwaltung des Kantonsspitals, respektive der Frauenklinik einzuziehen und in die Betriebsrechnung einzustellen.

Freiwillige Spenden werden ihrer Bestimmung gemäß oder zu wohltätigen Zwecken verwendet. Über ihre Verwendung ist der Direktion des Gesundheitswesens alljährlich Rechnung zu stellen.

§ 10. Personen, welche in mißbräuchlicher Weise poliklinische Hilfe in Anspruch nehmen, sich ungebührlich betragen, oder den ärztlichen Anordnungen nicht nachkommen, sind von dem Direktor oder dem Arzt der Poliklinik wegzuweisen.

§ 11. Betreffend die Abgabe von Berichten und Zeugnissen an poliklinisch behandelte Patienten ist § 13 des „Reglementes über die Verpflichtungen und Befugnisse der Ärzte an den Kantonsspitalern Zürich und Winterthur“ vom 4. Juni 1887 maßgebend.

§ 12. Das Reglement tritt auf 1. Oktober 1911 in Kraft.

50. 4. Studienplan für Studierende der Journalistik an der Hochschule in Zürich. (Vom 30. August 1911.)

A. Den Studierenden der Journalistik beider Richtungen gemeinsame fachtechnische und allgemeine Vorlesungen:

1. Fachtechnische Vorlesungen: Geschichte der Presse; Technik der Presse; Urheber- und Preßrecht; journalistische Übungen;
2. allgemeine Vorlesungen: Allgemeine und schweizerische Geschichte der neuern und neuesten Zeit; allgemeine und schweizerische Kulturgeschichte; deutsche Literaturgeschichte; Geschichte der neuern Philosophie; Logik; dialektische Übungen; stilistische Übungen; fremdsprachliche Übungen.

B. Für Journalisten der politischen und volkswirtschaftlichen Richtung:

1. Staatsrechtlich-politische Fächer: Rechtsgeschichte; allgemeine Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte; schweizerische Verfassungsgeschichte; allgemeine Rechtslehre; allgemeines und schweizerisches beziehungsweise kantonales Staats- und Verwaltungsrecht; Politik; Völkerrecht und diplomatische Geschichte; Geschichte der sozialen und politischen Ideen; Geschichte und Wesen der politischen Parteien; öffentlich-rechtliche Übungen;
2. nationalökonomische Fächer: Allgemeine Gesellschaftslehre (Soziologie); allgemeine Nationalökonomie; praktische Nationalökonomie; Finanzwissenschaft; Statistik; Wirtschaftsgeschichte; Bank- und Börsenwesen; Verkehrs- und Versicherungswesen; volkswirtschaftlich-statistische Übungen in der Handelsredaktion.

C. Für Journalisten der feuilletonistischen Richtung:

1. Philosophisch-ästhetische Fächer; Ästhetik; Psychologie; Ethik;
2. literargeschichtliche Fächer: Französische, italienische, englische Literaturgeschichte vom XVII.—XIX. Jahrhundert; allgemeine moderne Literaturgeschichte; das moderne Theater; Theaterkritik; Bücherrezensionen;
3. kunstgeschichtliche Fächer: Geschichte der griechischen Skulptur; Geschichte der mittelalterlichen Baukunst; Geschichte der neuern und neuesten Kunst; Musikgeschichte; Kunstkritik.

Diejenigen Studierenden der politisch-volkswirtschaftlichen Journalistik, welche den Grad eines doctor juris publici et rerum cameralium erwerben wollen, finden die für dieses Examen erforderlichen, der Gruppe B angehörenden Fächer in den Promotionsbedingungen der staatswissenschaftlichen Fakultät bezeichnet.

Die Studierenden der feuilletonistischen Richtung werden auf die Promotionsbedingungen der philosophischen Fakultät, I. Sektion, aufmerksam gemacht.

Von besonderem Interesse für Journalisten ist der Beschluß der philosophischen Fakultät, I. Sektion, wonach außer den in den Promotionsbedingungen genannten Fächern auch Nationalökonomie als Hauptfach oder Nebenfach zugelassen wird. Dagegen behält sich die Fakultät vor, in jedem einzelnen Falle die Fächerkombination zu genehmigen.

51. 5. Beschluß des Erziehungsrates des Kantons Zürich betreffend Abänderung der Promotionsordnung der medizinischen Fakultät der Hochschule Zürich. (Vom 6. September 1911.)

Der Erziehungsrat, auf den Antrag der medizinischen Fakultät und dem übereinstimmenden Antrag der Hochschulkommission,

beschließt:

Absatz 2 von § 3 der Promotionsordnung der medizinischen Fakultät der Hochschule (vom 25. März 1908) wird in Revision gezogen und erhält in Verbindung mit Absatz 1 folgende Fassung:

Die Dissertation wird, sofern sie auf Anregung oder unter Leitung eines Mitgliedes der Fakultät ausgearbeitet worden ist, diesem zur Prüfung und zum Referate übergeben.

Das Votum dieses Mitgliedes, begleitet von einem Referat, ist in der Regel entscheidend für Annahme oder Ablehnung der Dissertation; doch behält sich die Fakultät das Recht vor, auf Anregung des Dekans oder auf Antrag eines

ändern Fakultätsmitgliedes über die Annahme oder Ablehnung der Arbeit durch Stimmenmehrheit zu entscheiden. Im Falle der Annahme wird der Name des Referenten auf dem Titel der gedruckten Dissertation vorgemerkt.

52. 6. Promotionsordnung für die veterinär-medizinische Fakultät der Hochschule Zürich. (Vom 6. September 1911.)

Die Promotionsordnung vom 29. Juni 1910 (vergl. Jahrbuch 1910, Beilage I, Seite 217) wurde ersetzt. Die Änderung beschränkt sich auf § 8, dessen neue Fassung lautet:

§ 8. Denjenigen Kandidaten, welche die eidgenössische Staatsprüfung als Tierärzte bestanden haben, kann die Prüfung auf Grund der bezüglichen Prüfungsausweise durch Fakultätsbeschluß erlassen werden.

53. 7. Reglement betreffend die Diplomprüfung für das höhere Lehramt in den Handelsfächern an der Hochschule Zürich. (Vom 12. Juli 1911.)

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Für die Kandidaten des höheren Handelslehramts wird eine Diplomprüfung eingerichtet.

§ 2. Die Kandidaten, welche die Prüfung bestanden haben, erhalten ein Diplom, das unter Angabe der einzelnen Fächer ihre Befähigung zum Lehramte an Anstalten ausspricht, die auf der Stufe der kantonalen Handelsschule in Zürich stehen.

II. Die Prüfungskommission.

§ 3. Der Erziehungsrat ernennt aus der Zahl der die Prüfungsfächer vertretenden Hochschullehrer eine Prüfungskommission von fünf bis sieben Mitgliedern.

Die Wahl erfolgt auf die Dauer von drei Jahren. Wiederwahl der einzelnen Mitglieder ist zulässig.

Den Präsidenten der Kommission bestimmt der Erziehungsrat, den Vizepräsidenten und den Aktuar die Kommission.

§ 4. Die Kommission kann Fachmänner zur Mitwirkung bei den Prüfungen beiziehen oder als Stellvertreter verhandelter Mitglieder bezeichnen.

An der Schlußberatung über die Ergebnisse der Prüfung nehmen die beigezogenen Fachmänner teil.

III. Bedingungen der Zulassung und Abmeldung zur Prüfung.

§ 5. Wer zur Prüfung zugelassen werden will, hat den Nachweis zu leisten, daß er 1. ausreichende Hochschulstudien, von denen mindestens zwei Semester auf die Hochschule Zürich entfallen sollen, als immatrikulierter Studierender betrieben hat; — 2. im ganzen mindestens ein Jahr in Handelsgeschäften oder Verwaltungsbureaux praktisch sich betätigt hat, wobei im Zweifelfalle die Prüfungskommission entscheidet, ob Art und Dauer dieser praktischen Betätigung als für den künftigen Handelslehrer ausreichend gelten können; — 3. die zum Verständnis handelswissenschaftlicher Schriften ausreichende Kenntnis in Deutsch, Französisch und Englisch besitzt; als Ausweis genügt ein Mittelschulzeugnis, das Zeugnis eines Professors der philosophischen Fakultät (I. Sektion) der zürcherischen Hochschule oder der Nachweis über einen mindestens sechs Monate dauernden Aufenthalt in fremdem Sprachgebiet.

§ 6. Der Kandidat hat seine schriftliche Anmeldung spätestens sechs Wochen vor Semesterschluß dem Präsidenten der Prüfungskommission einzureichen.

Der Anmeldung sind beizulegen: 1. Ein Lebensabriß (curriculum vitæ), in welchem über den bisherigen Bildungsgang genaue Auskunft erteilt wird; —

2. die für die Zulassung zur Prüfung erforderlichen Ausweise und Zeugnisse, wobei über die besuchten Vorlesungen und Übungen eine übersichtliche Zusammenstellung unter Mitgabe der Kollegien- und Seminarzeugnisse vorzulegen ist; — 3. eine Diplomarbeit (§ 8, Ziff. 1) aus dem Gebiete der mündlichen Prüfungsfächer Nr. 1—3 und 5—8 (§ 10); — 4. die Bescheinigung der Kantonschulverwaltung über die erfolgte Einzahlung der Gebühren (§ 14).

IV. Die Prüfung.

§ 7. Die Prüfung ist teils schriftlich, teils mündlich.

Die Zulassung zur mündlichen Prüfung wird nur solchen Kandidaten bewilligt, deren schriftliche Arbeiten mindestens als „genügend“ bezeichnet worden sind.

§ 8. Die schriftliche Prüfung besteht in 1. einer Diplomarbeit (Hausarbeit), durch die der Kandidat seine Befähigung zur Ausführung wissenschaftlicher Arbeiten zu erbringen hat; — 2. einer Klausurarbeit, durch die der Kandidat seine praktische Befähigung in den Kontorfächern nachzuweisen hat; — 3. einer Klausurarbeit aus dem Gebiete des kaufmännischen Rechnens.

§ 9. Mit der Übergabe der schriftlichen Arbeiten erklärt der Kandidat zugleich, daß er der alleinige und selbständige Verfasser nach Stoff und Form ist.

Sollten über die Richtigkeit dieser Erklärung Zweifel entstehen, so bleibt der Kommission eine nähere Untersuchung vorbehalten. Ergibt diese, daß der Kandidat nicht der selbständige Verfasser ist, so ist er zurückzuweisen und kann erst nach einem Jahre wieder um Zulassung zur Prüfung nachsuchen, worauf die Kommission über die Zulassung entscheidet.

Auch ein bereits erteiltes Diplom kann auf Antrag der Kommission durch die Erziehungsdirektion ungültig erklärt werden.

§ 10. Die mündliche Prüfung zerfällt in einen wissenschaftlichen und in einen schulpraktischen Teil.

Die wissenschaftliche Prüfung erstreckt sich auf folgende Fächer: 1. Allgemeine Handelsbetriebslehre; — 2. Spezielle Handelsbetriebslehre; — 3. Buchhaltung und Bilanzkunde; — 4. Kenntnis der Kontorpraxis; — 5. Theoretische Sozialökonomie; — 6. Praktische Sozialökonomie, insbesondere Handels- und Verkehrspolitik; — 7. Wirtschaftsgeographie; — 8. Handels- und Wechselrecht.

Die wissenschaftliche Prüfung kann auf Wunsch des Kandidaten auf regelmäßig an der Universität gelehrte Fächer, die nicht als Prüfungsgegenstände vorgesehen sind, ausgedehnt werden. Über Art und Umfang dieser fakultativen Prüfung entscheidet die Prüfungskommission.

Die schulpraktische Prüfung besteht in: 1. Einer bis drei Probelektionen unter Berücksichtigung verschiedener Fächer und Altersstufen an der Handelsmittelschule; — 2. einem halbstündigen freien Vortrage, zu welchem dem Kandidaten das Thema einige Tage vorher gegeben wird.

§ 11. Die Dauer der wissenschaftlichen mündlichen Prüfung beträgt zwei Stunden, für jedes Fach 15 Minuten.

Bei dieser Prüfung haben alle Mitglieder der Kommission anwesend zu sein.

§ 12. Das Urteil für jedes einzelne Fach der Prüfung wird vom Prüfenden unter Beifügung seiner Unterschrift erteilt.

Folgende Urteile sind zulässig: Mit Auszeichnung; — Gut; — Genügend; — Ungenügend.

Bei Beurteilung der Leistungen sind diejenigen in den praktischen Übungen mit zu berücksichtigen.

Nachdem der Kandidat die Prüfung vollständig abgelegt hat, entscheidet die Prüfungskommission auf Grund sämtlicher Urteile mit einfacher Stimmenmehrheit über die Erteilung des Diploms.

§ 13. Kandidaten, welche die Prüfung nicht bestanden haben, können sich frühestens nach einem halben Jahre wieder zum Examen melden. Die Kommission

kann ihnen alsdann nach Gutfinden den Teil der Prüfung, den sie in genügender Weise absolviert haben, erlassen.

Als nicht bestanden gilt die Prüfung auch dann, wenn der Kandidat zur Prüfung nicht erscheint oder während der schriftlichen oder mündlichen Prüfung ohne ausreichende Entschuldigungsgründe zurücktritt.

V. Gebühren.

§ 14. An die Kosten der Prüfung zur Erlangung des Diploms für das höhere Handelslehramt haben zu bezahlen: Kantonsbürger und solche Schweizerbürger, deren Eltern im Kanton Zürich niedergelassen sind, Fr. 75, alle andern Schweizerbürger Fr. 100, Ausländer Fr. 150. Die Gebühr ist dem Kantonschulverwalter zuhanden der Staatskasse im voraus zu entrichten.

Bei Wiederholung der Prüfung (§ 13) ist nur die Hälfte der Prüfungsgebühr zu entrichten.

Unbemittelten Kandidaten kann die Erziehungsdirektion gänzlichen oder teilweisen Erlaß der Prüfungsgebühren gewähren.

Schlussbestimmungen.

§ 15. Kandidaten, die an der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich den Grad eines Doktors der Volkswirtschaft erworben haben, ist die Diplomarbeit (Hausarbeit) und die mündliche Prüfung in denjenigen handelswissenschaftlichen, volkswirtschaftlichen und juristischen Fächern erlassen, die Gegenstand der Doktorprüfung waren.

§ 16. Dieses Reglement tritt auf Beginn des Wintersemesters 1911/12 in Kraft. Durch dasselbe wird das Reglement betreffend die handelswissenschaftlichen Diplomprüfungen an der Hochschule Zürich vom 23. September 1908 aufgehoben.

54. s. Regulativ über die Zulassungsprüfung zur Hochschule Bern für Notariatskandidaten. (Vom 10. Dezember 1911.)

§ 1. Die in § 2, letztes Alinea, des Reglementes vom 14. Januar 1909 über die Patentprüfung der Notare vorgesehene Zulassungsprüfung findet jährlich zweimal, jeweilen zu Beginn des Hochschulesemesters statt und wird durch eine Veröffentlichung im Amtsblatt und Amtlichen Schulblatt angekündigt. Die Prüfung wird von einer von der Direktion des Unterrichtswesens auf die Dauer von vier Jahren gewählten Kommission von fünf Mitgliedern abgenommen.

Die Prüfungskommission hat nötigenfalls das Recht, Examinatoren heranzuziehen, die der Kommission nicht angehören.

§ 2. Der Präsident stellt das Prüfungsprogramm auf und trifft die für den geordneten Verlauf der Prüfungen nötigen Anordnungen.

§ 3. Zur Prüfung hat sich der Kandidat bei dem Präsidenten der Prüfungskommission bis zu dem jeweilen bekannt gegebenen Termin schriftlich zu melden, unter Angabe der Sprachen, in denen er geprüft sein will und mit Beilegung eines Curriculum vitae. Gleichzeitig mit der Anmeldung hat der Kandidat bei dem Präsidenten eine Gebühr von Fr. 25 zuhanden der Staatskasse zu erlegen.

§ 4. Außerordentliche Zulassungsprüfungen finden nicht statt.

§ 5. Zur Prüfung werden nur solche Kandidaten zugelassen, die das 18. Altersjahr zurückgelegt haben.

§ 6. Die Prüfung zerfällt in eine schriftliche und eine mündliche. Prüfungsfächer sind:

Deutsch, Französisch, Latein oder Englisch oder Italienisch, Geschichte, Geographie, Mathematik, Physik und Chemie.

In der schriftlichen Prüfung wird verlangt:

1. Ein Aufsatz in der Muttersprache (deutsch oder französisch);
2. Eine Übersetzung aus dem Deutschen ins Französische, für französisch sprechende Kandidaten umgekehrt, eventuell ein freier Aufsatz in der betreffenden Sprache;
3. Eine Übersetzung aus einem lateinischen Schriftsteller (etwa Cäsar, Livius, Virgil, Cicero, Tacitus, Horaz' Oden) ins Deutsche. Dieselbe kann ersetzt werden durch eine Übersetzung aus dem Englischen oder Italienischen ins Deutsche beziehungsweise Französische;
4. Lösung von Aufgaben aus der Algebra (quadratische Gleichungen, Logarithmen, arithmetische und geometrische Progressionen, Kombinationslehre, binomischer Lehrsatz, imaginäre und komplexe Zahlen, die einfachen unendlichen Reihen, regula falsi), Planimetrie, Stereometrie, ebene Trigonometrie.

Elemente der analytischen Geometrie der Ebene.

Handelsschüler können statt in den 5 letzten der oben angegebenen Kapitel der Algebra und statt in Trigonometrie und analytischer Geometrie, in politischer Arithmetik und Buchhaltung geprüft werden.

In der mündlichen Prüfung wird verlangt:

1. Muttersprache (Deutsch oder Französisch). Lesen eines Sprachstückes; Erklärung und freie Wiedergabe des Inhalts. Kenntnis einiger der bedeutendsten größeren Werke und Dichtungen der Klassiker. Kenntnis der Wort- und Satzlehre;
2. Französisch beziehungsweise Deutsch. Lesen und Erklären aus einem Schriftsteller. Kenntnis der Formenlehre und Syntax. Einige Sicherheit im mündlichen Ausdruck;
3. Latein oder Englisch oder Italienisch. Lesen und Übersetzen eines Schriftstellers beziehungsweise Sprachstückes. Formenlehre und Syntax;
4. Geschichte. Allgemeine Geschichte, besonders der Neuzeit, bis 1871, und Schweizergeschichte bis 1874. Grundzüge der schweizerischen Verfassungskunde;
5. Geographie. Geographie der Schweiz. Allgemeine Länderkunde mit besonderer Berücksichtigung von Europa. Grundzüge der physischen Erdkunde;
6. Mathematik. Kenntnis der Mathematik im Umfang des Stoffes der schriftlichen Prüfung;
7. Physik, besonders Wärmelehre, Optik, Elektrizität und Magnetismus.
8. Chemie (anorganische). Die wichtigsten Elemente und ihre Verbindungen.

§ 7. Die Prüfungskommission überwacht die Anfertigung der schriftlichen Arbeiten. Für diese werden den Kandidaten je 3 Stunden eingeräumt.

Die Benützung unerlaubter Hilfsmittel wird mit sofortiger Zurückweisung von der Prüfung bestraft.

Die mündlichen Prüfungen, denen immer ein Beisitzer beiwohnt, dauern in jedem Fach 15 Minuten.

§ 8. Die Beurteilung der Leistungen in den oben bezeichneten Prüfungsfächern geschieht in einer gemeinsamen Sitzung der Kommission und der eventuell zugezogenen Examinatoren, unter dem Vorsitz des Kommissionspräsidenten, nach folgender Notenskala: 6 = sehr gut, 5 = gut, 4 = ziemlich gut, 3 = genügend, 2 = schwach, 1 = sehr schwach.

Der Kandidat hat die Prüfung nicht bestanden, wenn der Durchschnitt der erteilten Noten 3,5 nicht übersteigt; gleichfalls nicht, wenn er zweimal die Note 2 oder einmal die Note 1 erhalten hat.

§ 9. Hat der Kandidat die Zulassungsprüfung nicht bestanden, so kann er sich nur noch einmal für dieselbe melden. Dabei wird dem Examinanden

die Prüfung in den Fächern, in denen er das erstmal die Note 5 oder 6 erhalten hat, erlassen.

Das Recht auf Zulassung zu einer Nachprüfung haben auch solche, die nach begonnener Prüfung freiwillig zurückgetreten oder unentschuldigt von der Prüfung weggeblieben sind; ebenso diejenigen, die wegen Unredlichkeit von der Prüfung weggewiesen worden sind.

Für die Nachprüfung ist eine Gebühr von Fr. 10 zu entrichten.

§ 10. Das Prüfungsergebnis wird dem Kandidaten nur mündlich, der Unterrichtsdirektion schriftlich mitgeteilt.

Das Zeugnis über die bestandene Prüfung wird dem Kandidaten durch die Direktion des Unterrichtswesens erteilt.

§ 11. Die Mitglieder der Prüfungskommission, sowie die hinzugezogenen Examinatoren und Beisitzer, beziehen während der Dauer der Prüfungen ein Taggeld von Fr. 10. An Reiseauslagen werden ihnen 30 Rp. per Kilometer vergütet.

§ 12. Die Prüfungskommission führt ein genaues Protokoll über die Kandidaten, sowie die Noten, welche dieselben erhalten haben.

§ 13. Dieses Regulativ tritt mit dem 1. Januar 1912 in Kraft; durch dasselbe wird das frühere Regulativ vom 8. November 1898 aufgehoben.

55. 9. Reglement über die Erteilung der Doktorwürde durch die juristische Fakultät zu Bern. (1. November 1911.)

§ 1. Die Bewerbung um die Erteilung der Doktorwürde erfolgt schriftlich beim Dekan der juristischen Fakultät. Dem Gesuche sind beizufügen:

1. Eine Abhandlung von wissenschaftlichem Wert aus den an der Fakultät vertretenen Fächern in deutscher, französischer, italienischer oder lateinischer Sprache, vom Doktoranden selbständig verfaßt;
2. eine Lebensbeschreibung, aus der besonders der Gang der Studien ersichtlich ist;
3. der Ausweis über genügende Studien; in der Regel hat der Doktorand ein Maturitätszeugnis oder ein gleichwertiges Zeugnis vorzulegen und sich auszuweisen, daß mindestens zwei Semester seiner Studienzeit an der hiesigen juristischen Fakultät zugebracht worden sind; die Fakultät kann jedoch Ausnahmen von diesen Erfordernissen gestatten;
4. eine Erklärung des Doktoranden über die Wahl der Prüfungsfächer nach Maßgabe der folgenden Paragraphen.

§ 2. Erachtet die Fakultät die Abhandlung für genügend, so erhält der Doktorand drei Aufgaben zur schriftlichen Bearbeitung. Die Themata für diese Aufgaben werden je einem der Prüfungsfächer, die der Kandidat zu bezeichnen befugt ist, entnommen, und von den ordentlichen Professoren dieser Fächer ausgewählt; sofern der Kandidat die Prüfungsfächer der ersten Gruppe wählt (§ 4), so ist ein Thema aus dem römischen Rechte zu nehmen.

Der Dekan setzt dem Doktoranden für die Bearbeitung der drei Aufgaben eine angemessene Frist.

§ 3. Erachtet die Fakultät die drei schriftlichen Arbeiten für genügend, so wird der Doktorand zu der mündlichen Prüfung zugelassen.

Die mündliche Prüfung wird von den ordentlichen Professoren der Prüfungsfächer abgenommen. In Vertretung können auch andere Dozenten prüfen. Mehrere Professoren des gleichen Faches verständigen sich über die Beteiligung an den Prüfungen.

§ 4. Die mündliche Prüfung dauert im ganzen zwei Stunden. Sie erstreckt sich nach der Wahl des Kandidaten auf die Fächer der ersten oder der zweiten Gruppe.

Die beiden Gruppen setzen sich aus folgenden Fächern zusammen:

Erste Gruppe:	Prüfungszeit
1. Römische Rechtsgeschichte und römisches Privatrecht	25 Minuten
2. Deutsche oder französische Rechtsgeschichte und deutsches oder französisches Privatrecht	15 „
3. Schweizerisches, deutsches oder französisches Zivilrecht (mit Einschluß des Handels- und Wechselrechts)	20 „
4. Schweizerisches, deutsches oder französisches Zivilprozeß- und Konkursrecht	20 „
5. Strafrecht und Strafprozeßrecht	20 „
6. Staatsrecht	10 „
7. Nationalökonomie	10 „
Zweite Gruppe:	
1. Römische Rechtsgeschichte und römisches Privatrecht	15 Minuten
2. Deutsche oder französische Rechtsgeschichte	10 „
3. Schweizerisches, deutsches oder französisches Zivilrecht (mit Einschluß des Handels- und Wechselrechts)	20 „
4. Staatsrecht und Völkerrecht	25 „
5. Kirchenrecht	10 „
6. Nationalökonomie und Finanzwissenschaft	20 „
7. Strafrecht und Strafprozeßrecht	10 „
8. Schweizerisches, deutsches oder französisches Zivilprozeß- und Konkursrecht	10 „

§ 5. Die mündliche Prüfung wird im Universitätsgebäude abgehalten und ist öffentlich. Tag und Stunde sind vorher durch den Dekan am schwarzen Brett bekannt zu machen.

Bei der Prüfung sollen jederzeit mindestens drei Fakultätsmitglieder anwesend sein. Über das Ergebnis der Prüfung entscheiden die Examinatoren und die übrigen bei der Abstimmung anwesenden ordentlichen Professoren.

§ 6. Erachtet die Fakultät die Gesamtleistung des Doktoranden für genügend, so wird ihm die Würde eines Doktor juris utriusque erteilt, und zwar ohne Auszeichnung (rite) oder mit Auszeichnung; die Auszeichnung wird mit den Prädikaten magna cum laude und summa cum laude verliehen. Die Erteilung der Würde ohne Auszeichnung wird mit einfacher Mehrheit, die Verleihung eines Prädikates mit zwei Drittel der abgegebenen Stimmen beschlossen. Der Beschluß wird in der Regel sofort nach der mündlichen Prüfung gefaßt und dem Doktoranden mitgeteilt.

Besteht der Kandidat die Prüfung nicht, so darf er sich vor Ablauf eines halben Jahres nicht wieder zu einer solchen stellen.

§ 7. Das Doktordiplom wird erst ausgefertigt, nachdem die Dissertation in zweihundert Exemplaren gedruckt der Fakultät eingereicht worden ist.

Erfolgt diese Einreichung nicht innerhalb zweier Jahre seit der mündlichen Prüfung, so muß die Dissertation vor ihrem Druck der Fakultät zu erneuter Genehmigung vorgelegt werden.

§ 8. Hat der Doktorand das bernische Fürsprecherexamen bestanden, so kann ihm die mündliche Prüfung ganz oder teilweise durch die Fakultät erlassen werden.

§ 9. Außerordentlicherweise kann die Fakultät durch einstimmigen Beschluß aller ordentlichen Professoren ausgezeichneten Männern von bedeutendem Verdienst in den Rechts- oder Staatswissenschaften die Würde als Doktor juris utriusque honoris causa erteilen. Der Beschluß unterliegt der Genehmigung des Senates.

§ 10. Die Fakultät ist berechtigt, einem Kandidaten, der ohne Einreichung einer Dissertation die bezüglich der Erteilung der Doktorwürde vorgesehenen schriftlichen und mündlichen Prüfungen (§ 2—5) bestanden hat, die Würde eines Lizentiaten der Rechte zu verleihen.

Falls dies mit Auszeichnung geschieht, so kann bei nachfolgender Einreichung einer Dissertation und Bewerbung um die Doktorwürde die Ablegung der schriftlichen (§ 2) und der mündlichen (§ 4) Prüfung erlassen werden.

§ 11. Die Gebühr für das Doktorexamen beträgt Fr. 325 (inklusive Fr. 10 als Beitrag für die Bibliothek und Fr. 15 für den Pedell); sie ist zugleich mit der Anmeldung beim Dekan zu entrichten.

Wird die Abhandlung für ungenügend erachtet, oder vom Doktoranden zurückgezogen, so wird ihm die Gebühr zurückerstattet, mit Abzug von Fr. 50 (inklusive Fr. 10 für den Pedell).

Besteht der Doktorand ein erstes Mal die mündliche Prüfung nicht, so wird ihm die Hälfte der Gebühr zurückerstattet; bei Wiederholung der mündlichen Prüfung hat er nur die Hälfte der Gebühr nachzubezahlen.

Die bei der Bewerbung um die Erteilung der Lizentiatenwürde zu entrichtende Gebühr beträgt Fr. 165 (inklusive Fr. 10 als Beitrag für die Bibliothek und Fr. 5 für den Pedell). Bei Nichtbestehen der mündlichen Prüfung kommt Absatz 3 entsprechend zur Anwendung.

Im Falle von § 10, Absatz 2, wird die bezahlte Lizentiatengebühr für die Doktorgebühren angerechnet.

§ 12. Hat ein Kandidat eine von der Fakultät gestellte Preisaufgabe mit Auszeichnung gelöst, so kann ihm die Hälfte der Gebühren erlassen werden. Für die Verleihung der Würde des Doktor honoris causa wird keine Gebühr entrichtet.

An den Gebühren haben nach Abzug der Kosten alle ordentlichen Professoren der Fakultät gleichen Anteil.

§ 13. Dieses Reglement tritt mit dem 1. Januar 1912 in Kraft. Diejenigen Kandidaten, die sich bis zu diesem Datum zum Examen gemeldet haben, können bis zu Ende des Sommersemesters 1912 auf ihr Verlangen nach dem bisherigen Reglement geprüft werden.

56. 10. Reglement über die Erteilung der Doktorwürde an der philosophischen Fakultät der Hochschule Bern (mathematisch-naturwissenschaftliche Sektion). (Vom 11. März 1911.)

Die Direktion des Unterrichtswesens des Kantons Bern, gestützt auf Art. 53, Ziffer 4, des Gesetzes über die Hochschule vom 14. März 1834, erläßt folgendes Reglement:

§ 1. Die Anmeldung zur Erlangung der Doktorwürde in der philosophischen Fakultät geschieht schriftlich bei dem Dekan der Fakultät.

§ 2. Dem Anmeldungsschreiben sind beizufügen: *a.* Eine Dissertation im Manuskript in einer der modernen Hauptsprachen mit hinreichenden Ausweisen über die Entstehung der Arbeit. Ausnahmsweise kann an Stelle der Dissertation im Manuskript eine Druckschrift angenommen werden; — *b.* ein Curriculum vitæ des Kandidaten, das in derselben Sprache wie die Dissertation zu verfassen ist; — *c.* Zeugnisse über wissenschaftliche Vorbildung und mindestens dreijährige akademische Studien; — *d.* ein Sittenzeugnis; — *e.* eine Summe von Fr. 325.

Unbemittelten Kandidaten soll die Gebühr ganz oder teilweise erlassen werden. In streitigen Fällen entscheidet die Direktion des Unterrichtswesens.

§ 3. Die philosophische Fakultät zerfällt in Rücksicht der Doktorprüfungen in zwei Abteilungen: 1. in die philosophisch-philologisch-historische und 2. in die mathematisch-naturwissenschaftliche.

Der Kandidat bestimmt drei Fächer aus einer Abteilung (s. § 4), in denen er examiniert werden will, wobei das Fach, aus dem die Dissertation ist, als Hauptfach gilt.

§ 4. In der mathematisch-naturwissenschaftlichen Sektion gelten als Prüfungsfächer: 1. Mathematik; — 2. Versicherungslehre; — 3. Astronomie; — 4. Physik; — 5. Chemie; — 6. Mineralogie; — 7. Geologie; — 8. Botanik; — 9. Zoologie; — 10. Geographie (physikalische Geographie, Völker- und Länderkunde); — 11. Nationalökonomie (nur als Nebenfach); — 12. Pharmakognosie (nur als Hauptfach; als Nebenfächer dürfen nicht Chemie und Botanik zugleich gewählt werden); — 13. Philosophie (nur als Nebenfach).

Für jedes vom Kandidaten gewählte Hauptfach ist ein Nebenfach obligatorisch, während die Wahl des zweiten Nebenfaches frei ist. Außerdem werden genügende akademische Studienausweise in folgenden Fächern verlangt. Wird dem Kandidaten bei dem obligatorischen Nebenfach die Wahl zwischen zwei Fächern freigestellt, so hat er für das nichtgewählte Fach genügende Studienausweise vorzulegen.

Hauptfach	Obligat. Nebenfach	Akadem. Studienausweise
Mathematik	Astronomie oder Physik	Chemie oder Geographie
Versicherungslehre	Mathematik	Astronomie oder Physik oder Geographie
Astronomie	Mathematik	Physik, Geographie oder Chemie
Physik	Mathematik	Chemie, Astronomie oder Geo- graphie
Chemie	Physik	Mineralogie, Mathematik oder Geo- logie oder Botanik oder Zoologie
Mineralogie	Chemie	Geologie, Physik oder Botanik oder Zoologie
Geologie	Mineralogie	Chemie, Paläontologie, Botanik oder Zoologie oder Geographie
Botanik	Zoologie (inkl. vergleich. Anatomie) oder Chemie	Chemie, Geologie, Physik, Geo- graphie oder Bakteriologie
Zoologie	Botanik oder Geologie	Vergleich. Anatomie, Physiologie, Geographie oder Bakteriologie
Geographie	Geologie oder Physik	Astronomie, Botanik oder Zoologie
Pharmakognosie	Chemie oder Botanik	Physik, Mineralogie oder Geologie

§ 5. Ist die Dissertation in Bern gemacht worden, so steht dem Professor, unter dessen Leitung sie ausgeführt worden ist, Bericht und Antrag zu. Handelt es sich um eine auswärtige Dissertation, so haben die Vertreter des Faches sie zu begutachten.

Nachdem die Dissertation von der Fakultät angenommen worden ist, wird zum Examen geschritten. Andernfalls wird der Kandidat abgewiesen und erhält die nach § 2 erlegte Summe nach Abzug einer Gebühr von Fr. 30 für Prüfung der Dissertation zurück.

§ 6. In den einzelnen Fächern examinieren diejenigen Professoren, welche für den Vortrag derselben angestellt sind. Wenn mehrere Professoren desselben Faches an der Hochschule tätig sind, so examinieren sie abwechselnd.

§ 7. Vor dem mündlichen Examen werden dem Kandidaten aus jedem Fach drei Fragen vorgelegt, von denen er je eine schriftlich, ohne Hilfsmittel, unter Aufsicht des betreffenden Examinators zu beantworten hat. Es werden ihm zur Lösung jeder dieser Fragen je drei Stunden Zeit eingeräumt. Über die Beantwortung erstattet der Professor, von welchem die Frage gestellt wurde, der Fakultät vor Beginn des mündlichen Examens Bericht. Kandidaten, welche das schweizerische Staatsexamen für Pharmaceuten bestanden haben, können von den Klausurarbeiten dispensiert werden. Ebenso können Kandidaten, welche das bernische Gymnasiallehrerexamen mit Erfolg bestanden haben, und solchen, welche im Besitze eines Diplomes der eidgenössischen polytechnischen Schule sind, die Klausurarbeiten in den betreffenden Fächern erlassen werden. Kandidaten, welche sich unerlaubter Hilfsmittel bedienen, werden als durchgefallen (s. § 10) betrachtet.

§ 8. Das mündliche Examen findet in einer Fakultätssitzung statt und ist öffentlich. Es dauert im Hauptfach wenigstens 45 Minuten, in jedem Nebenfach 30 Minuten. Die Beurteilung geschieht in der Sitzung der Fakultät durch die Examinatoren. Wenn die Mehrzahl ihrer Stimmen sich für den Doktoranden entscheidet, so wird dem Kandidaten die Doktorwürde entweder summa cum laude oder magna cum laude oder rite erteilt und ihm das Handgelübde (s. § 12) abgenommen.¹⁾

§ 9. Das Doktordiplom wird dem Kandidaten erst ausgehändigt, nachdem seine Dissertation gedruckt und der Fakultät in vorschriftsmäßiger Form²⁾ und den Anweisungen des Referenten entsprechend in 180 Exemplaren abgeliefert ist. Ist der Kandidat dieser Pflicht nicht innerhalb eines Jahres nach bestandenen Examen nachgekommen, so ist die Fakultät berechtigt, die Bewerbung und das Examen als ungültig zu erklären.

§ 10. Erhält der Kandidat nicht die Mehrheit der Stimmen, so wird er abgewiesen. In diesem Falle wird ihm die Hälfte der nach § 2 erlegten Summe zurückbezahlt. Eine Wiederholung des Examens wird zweimal gestattet, und zwar mit Zwischenräumen von wenigstens einem halben Jahre.

§ 11. Über die von dem Kandidaten bezahlte Gebühr wird nach Abzug der Kosten für den Druck des Diploms in folgender Weise verfügt: Fr. 25 fallen an die Witwen- und Waisenkasse, Fr. 10 an die Stadtbibliothek, Fr. 15 an die Fakultätskasse, Fr. 15 erhält der Abwart der Hochschule und der Rest ist unter die Examinatoren, den Dekan und den Sekretär gleichmäßig zu verteilen.

§ 12. Die philosophische Fakultät behält sich vor, aus eigenem Antrieb an Männer von vorzüglicher Gelehrsamkeit und ausgezeichneten Verdiensten durch einstimmigen Beschluß die Würde eines Doktors der Philosophie honoris causa zu erteilen.

§ 13. Hiermit wird das Reglement vom 23. Dezember 1898 aufgehoben.

57. 11. Beschluß des Regierungsrates des Kantons Bern betreffend die Walther Munzinger-Stiftung der katholisch-theologischen Fakultät. (Vom 18. Dezember 1911.)

Auf den Antrag der Unterrichtsdirektion erteilt der Regierungsrat der nachstehenden Zuwendung die Genehmigung und erläßt in Hinsicht auf dieselbe nach dem Vorschlag des Synodalrates der christkatholischen Kirche der Schweiz die folgenden Bestimmungen:

§ 1. Der Bischof der christkatholischen Kirche der Schweiz, Dr. Eduard Herzog, übergibt das Ergebnis der bei Anlaß seines 70. Geburtstages veranstalteten Sammlung im Betrage von Fr. 55,177.86 zugunsten der christkatholisch-theologischen Fakultät der Universität Bern der h. Regierung des Kantons Bern nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen mit dem Ersuchen, dieses Kapital im Falle der Annahme im genannten Sinn als Spezialfonds nach den bestehenden Vorschriften zu verwalten.

§ 2. Der Fonds trägt zu Ehren des am 28. April 1873 in Bern verstorbenen Professor Dr. jur. Walther Munzinger, des intellektuellen Urhebers der Fakultät und ersten Führers der schweizerischen Christkatholiken, den Namen:

¹⁾ Die Formel, welche der Dekan dem Doktoranden nach beendigter Prüfung vorspricht und auf welche der Doktorand das Handgelübde an Eidesstatt ablegt, lautet:

„Ich gelobe, der akademischen Würde, die mir heute verliehen worden ist, stets Ehre zu machen; ich verspreche, der Wissenschaft, der ich mich gewidmet habe, stets, soviel ich vermag, zu dienen und ihre Würde aufrecht zu erhalten; ich gelobe, die wissenschaftliche Erforschung der Wahrheit stets als eine ernste und hohe Aufgabe zu betrachten.“

²⁾ Das heißt, auf dem Titel versehen mit der Bezeichnung „Inaugural-Dissertation, der philosophischen Fakultät der Universität Bern zur Erlangung der Doktorwürde vorgelegt von N. N.“ und mit dem vom Dekan unterschriebenen und mit Datum versehenen Vermerk: „Von der philosophischen Fakultät auf Antrag des Herrn oder der Herren Prof. N. N. angenommen.“

„Walther Munzinger-Stiftung der katholisch-theologischen Fakultät der Universität Bern, II. christkatholischer Stammfonds.“

§ 3. Die Stiftung hat, wie der I. christkatholische Stammfonds, nämlich die durch Regierungsratsbeschluß vom 9. Dezember 1899 übernommene Lenzstiftung, zum Zweck, mit ihren Zinserträgen als Beitragsleistung an die Besoldung der Lehrkräfte der genannten Fakultät und damit zur Erhaltung derselben als einer staatlichen Lehranstalt für christkatholische Theologen zu dienen.

§ 4. Die Zinsen der Stiftung nebst allfälligen weitem Schenkungen und Vermächtnissen werden so lange zum Kapital geschlagen, bis dieses mindestens die Höhe von Fr. 100,000 erreicht hat.

§ 5. Die Aufsicht über die Stiftung wird einer Kommission übertragen, die aus dem jeweiligen Direktor des Unterrichtswesens des Kantons Bern als Vorsitzendem, den sämtlichen christkatholischen Professoren der genannten Fakultät und dem Präsidenten des christkatholischen Synodalrates besteht.

§ 6. Die Kommission versammelt sich jährlich am 23. November, eventuell, wenn dies ein Sonntag ist, am 24. November, je vormittags 11 Uhr, im Hochschulgebäude in Bern; sie wird eingeladen durch das dienstälteste Mitglied der Fakultät, das die amtlich bestätigten Nachweise über den jeweiligen Bestand des Fonds vorzulegen hat; das dem Amte nach jüngste Mitglied der Fakultät führt das Protokoll.

§ 7. Die Kommission ist insbesondere die vorberatende Behörde zur Feststellung der Quote, die in dem nach § 4 vorgesehenen Falle den Zinserträgen der beiden Stammfonds zu entnehmen ist; sie versammelt sich zur Erledigung dieses Geschäfts und allfälliger anderer Angelegenheiten, die mit der Verwaltung des Fonds zusammenhängen, so oft es die Verhältnisse notwendig machen.

§ 8. Sollte die katholisch-theologische Fakultät der Universität Bern durch die zuständigen kantonalen Behörden aufgehoben werden oder eine Umgestaltung erfahren, die sie zur Heranbildung des Klerus der christkatholischen Kirche der Schweiz ungeeignet machen würde, so ist der als „Walther Munzinger-Stiftung“ bestehende Fonds dem Synodalrat der christkatholischen Kirche der Schweiz zu analogen Zwecken auszuhändigen. (Vergleiche den Beschluß des bernischen Regierungsrates in Sachen der Lenzstiftung vom 17. März 1906.)

58. 12. Règlement pour les lecteurs de la Faculté des lettres de l'Université de Fribourg. (Du 11 avril 1911.)

1. Les lecteurs appartiennent à la Faculté des lettres comme maîtres auxiliaires du corps enseignant et y font des cours de langues vivantes; leur fonction consiste essentiellement à compléter, au point de vue pratique, les cours théoriques de l'Université.

2. Les lecteurs sont nommés par le Conseil d'Etat, sur la présentation de la Faculté. La Faculté peut, dans chaque cas, rejeter la demande d'un candidat aux fonctions de lecteur, si elle ne juge pas nécessaire le „lectorat“ qu'il postule.

3. Les candidats doivent joindre à leur demande une notice sur leur vie et leurs études. Ils doivent prouver, en outre, qu'ils ont une connaissance suffisante de la matière qu'ils se proposent d'enseigner et les aptitudes nécessaires à l'enseignement.

4. Les lecteurs feront régulièrement au moins deux leçons par semaine.

Ils reçoivent un honoraire minimum de 150 fr. par semestre, assuré par la Direction de l'Instruction publique.

Si l'ensemble des droits d'inscription payés pour leurs cours dépasse cette somme, le surplus leur est intégralement attribué.

5. Les étudiants et les auditeurs peuvent prendre part aux cours des lecteurs. L'inscription se fait à la Chancellerie de l'Université pendant les quinze

jours d'immatriculation. Chaque participant verse, pour le semestre, un droit de 5 fr. par heure de leçon hebdomadaire.

6. Si un lecteur néglige pendant deux semestres consécutifs les prescriptions énoncées au § 4, la Faculté peut proposer au Conseil d'Etat de lui retirer ses fonctions; elle peut, cependant, accorder aux lecteurs, sur leur demande, un congé temporaire.

7. Les cours des lecteurs sont soumis au contrôle de la Faculté; celle-ci veille spécialement à ce que ces cours gardent le caractère et se renferment dans les limites que prescrit le § 1.

Le Conseil d'Etat du canton de Fribourg approuve le présent règlement.

59. 13. Loi modifiant et complétant la loi du 10 mai 1890 sur l'instruction publique supérieure dans le canton de Vaud. (Du 15 mai 1911.)

Le Grand Conseil du Canton de Vaud, vu le projet de loi présenté par le Conseil d'Etat;

décète:

Art. 1^{er}. La loi du 10 mai 1890 est modifiée et complétée ainsi qu'il est dit aux articles suivants.

Art. 2. Il est créé, pour être annexées à la faculté de droit: *a.* Une école des sciences sociales; — *b.* une école des hautes études commerciales.

Art. 3. Dans ce but, les principaux objets d'enseignement énumérés à l'art. 5 de la loi du 10 mai 1890, comprennent, en outre,

17. L'économie et la technique commerciales: — 18. les mathématiques financières.

Art. 4. Jusqu'à la révision générale de la loi du 10 mai 1890, le Conseil d'Etat reçoit les pleins pouvoirs nécessaires pour régler ce qui a trait aux conditions d'organisation et d'immatriculation des étudiants des écoles ci-dessus mentionnées et aux grades à délivrer.

Art. 5. Les professeurs ordinaires et extraordinaires, chargés d'un enseignement obligatoire dans les écoles organisées par cette loi, forment les conseils de ces écoles. Ces conseils sont dirigés par l'un des professeurs.

Art. 6. Les dispositions de la loi du 10 mai 1890 sont d'ailleurs applicables aux deux écoles des sciences sociales et des hautes études commerciales pour autant que la présente loi n'y déroge pas.

Art. 7. Le Conseil d'Etat est chargé de l'exécution de cette loi, qui entrera en vigueur dès sa promulgation.

Donné, sous le grand sceau de l'Etat, à Lausanne, le 15 mai 1911.

60 14. Règlement de l'école des hautes études commerciales à l'Université de Lausanne. (Du 28 août 1911.)

I. Dispositions générales.

Art. 1^{er}. L'Université confère les grades de licencié et de docteur ès-sciences commerciales à la suite d'épreuves portant sur les matières formant le programme de l'Ecole des hautes études commerciales.

Art. 2. Ces matières sont les suivantes:

Matières obligatoires:

Economie commerciale; — technique commerciale et séminaire; — Comptabilité publique; — statistique; — Economie politique; — Géographie économique; — Introduction aux études juridiques; — Droit commercial et de change; — Poursuite pour dettes et la faillite; — Droit des assurances.

Matières à option (trois au choix): Toutes les matières enseignées à la Faculté de droit; — Les transports (Exploitation des chemins de fer); — Mathématiques financières: opérations à long terme; — Législation industrielle; — Histoire politique; — Une langue enseignée à l'Université.

Art. 3. Les professeurs ordinaires et extraordinaires chargés de l'enseignement d'une matière obligatoire du programme de l'Ecole forment le Conseil de cette Ecole.

Art. 4. Ce Conseil est présidé par l'un des professeurs, qui porte le titre de Directeur.

Art. 5. Le Directeur est nommé par le Conseil d'Etat, pour une période de deux ans. Il expédie les affaires courantes de l'Ecole.

Art. 6. Lorsqu'une question intéressant spécialement l'Ecole figure à l'ordre du jour de la Commission universitaire, le Directeur de l'Ecole est convoqué pour y siéger. Il a voix délibérative sur cette question.

II. Etudiants.

Art. 7. Pour être inscrit comme étudiant à l'Ecole des hautes études commerciales, il faut remplir les conditions prévues à l'art. 20 du Règlement général de l'Université ou être porteur du diplôme de sortie de l'Ecole supérieure de commerce à Lausanne (section commerciale) ou du diplôme de sortie d'une autre Ecole de commerce, jugé équivalent.

Il faut avoir, en outre, l'âge de 18 ans révolus.

Art. 8. L'inscription à l'Ecole des hautes études commerciales est spéciale à cette Ecole.

III. Grades et examens.

a. Dispositions communes.

Art. 9. Pour obtenir le diplôme de licence ès-sciences commerciales, le candidat doit justifier de connaissances à la fois générales et précises dans le domaine des sciences commerciales.

Pour obtenir le doctorat, il doit faire preuve d'une connaissance plus approfondie de ces matières et de recherches scientifiques personnelles.

Art. 10. Toute question relative à ces grades est du ressort du Conseil de l'Ecole. Les grades sont conférés par la Commission universitaire sur le rapport de ce Conseil.

Art. 11. Les épreuves sont subies devant une commission composée: du directeur de l'Ecole, président, des membres du Conseil et d'un représentant du Département de l'Instruction publique.

La Commission seule statue sur le résultat final de l'examen. Le diplôme est signé par le directeur de l'Ecole.

Art. 12. Cette Commission peut s'adjoindre, pour faire subir l'examen sur chacune des matières, le professeur ou le privat-docent qui l'enseigne. Il ne prend part au vote que sur cet examen.

Art. 13. La répartition des finances d'examen (Règ. gén. art. 46) est faite par le président de la Commission, d'après un règlement élaboré par le Conseil de l'Ecole. Ce règlement est approuvé par le Département de l'Instruction publique.

Art. 14. Les examens ont lieu à la fin de chaque semestre et au commencement du semestre d'hiver. Ils comportent des épreuves écrites et des épreuves orales.

Art. 15. Chaque épreuve est appréciée par les chiffres de 0 à 10; 10 équivalant à très bien et 0 à très mal.

Art. 16. Les examens comportent des matières obligatoires et des matières à option.

Art. 17. Les matières obligatoires sont: 1. l'Economie commerciale; — 2. la Technique commerciale; — 3. la Comptabilité publique; — 4. la Statistique;

— 5. l'Economie politique; — 6. la Géographie économique; — 7. l'Introduction aux études juridiques; — 8. le Droit commercial et de change; — 9. la Pour suite pour dettes et la faillite.

Art. 18. Les matières à option (trois au choix) sont:

1. Toutes les matières enseignées à la Faculté de droit; — 2. Les transports (Exploitation des chemins de fer); — 3. les mathématiques financières: opérations à long terme; — 4. la législation industrielle; — 5. l'histoire politique; — 6. une langue enseignée à l'Université.

Art. 19. Pour être admis à l'examen, le candidat doit être immatriculé à l'Université ou inscrit à l'Ecole des hautes études commerciales.

Art. 20. En prenant son inscription d'examen, le candidat dépose les pièces suivantes: *a.* un certificat d'immatriculation à l'Université de Lausanne ou un certificat d'inscription à l'Ecole des hautes études commerciales de Lausanne; *b.* un *curriculum vitae*; *c.* des pièces établissant qu'il a accompli une scolarité universitaire de quatre semestres, ceux-ci avec dix heures d'inscription au minimum portant sur les matières obligatoires du programme des sciences commerciales. Deux de ces semestres doivent avoir été passés à l'Université de Lausanne. Toutefois, dans des cas très exceptionnels, la Commission universitaire peut, en ce qui concerne la scolarité, accorder des dispenses sur le préavis du Conseil de l'Ecole. Les pièces ci-dessus mentionnées demeurent à la disposition de la Commission d'examen jusqu'à la fin des épreuves. (Article modifié le 6 mars 1912).

Art. 21. Il ne peut être accordé aucune dispense d'examens, même partielle, sur présentation de titres.

Toutefois, la Commission peut tenir compte des travaux de séminaire présentés par le candidat.

b. Licence.

Art. 22. Les épreuves écrites consistent en deux compositions; la première, d'économie commerciale ou de technique commerciale; la seconde, d'une autre matière obligatoire, au choix du candidat.

Art. 23. Il est accordé trois heures pour chaque composition. La Commission donne les sujets et pourvoit à la surveillance. Elle indique, s'il y a lieu, les ouvrages ou documents dont l'usage pourrait être autorisé.

Art. 24. Les épreuves orales consistent en une interrogation sur chacune des branches obligatoires et sur trois des branches à option; le candidat doit annoncer son choix au directeur de l'Ecole, un mois avant l'examen.

Art. 25. Les épreuves peuvent être subies en une ou deux séries. Le candidat qui demande la division ne peut se présenter qu'à une série d'épreuves par session. Le candidat doit annoncer au directeur de l'Ecole, un mois à l'avance, le mode d'examen qu'il choisit.

Art. 26. Dans le cas où les épreuves seraient subies en deux séries, chaque série comprendra une composition et six interrogations au choix du candidat. Ce choix doit être annoncé au directeur de l'Ecole un mois avant l'examen.

Art. 27. Le candidat qui échoue à la seconde série d'épreuves, après avoir réussi à la première, reste au bénéfice de celle-ci.

Art. 28. Le candidat dépose entre les mains du secrétaire-caissier la somme de 100 francs au moment où il prend son inscription.

Si le candidat use de la faculté de subir les examens en deux séries, le dépôt à effectuer est de 50 francs pour chaque série.

Art. 29. En cas d'insuccès, la moitié de la somme versée est restituée au candidat.

c. Doctorat.

Art. 30. Les épreuves du doctorat comportent: *a.* un examen écrit; *b.* un examen oral; *c.* la présentation et la soutenance d'une dissertation imprimée et de thèses.

Art. 31. L'examen écrit comporte trois compositions: l'une portant, au choix du candidat, sur l'économie commerciale ou la technique commerciale, et les deux autres sur deux matières obligatoires choisies par le candidat en dehors de celle qu'il aura déjà traitée.

Art. 32. La première composition est faite à domicile dans un laps de temps de 48 heures; il est accordé trois heures pour chacune des deux autres.

Art. 33. Les sujets sont donnés par la Commission, qui pourvoit à la surveillance des deux dernières compositions. Elle indique s'il y a lieu, les ouvrages ou documents dont le candidat sera autorisé à faire usage pour ces deux travaux.

Art. 34. Les épreuves orales consistent en une interrogation sur chacune des branches obligatoires et sur une branche à option. Le candidat doit annoncer au directeur de l'Ecole, un mois avant l'examen.

Art. 35. Les épreuves peuvent être subies en une ou deux séries. Le candidat qui demande la division ne peut se présenter qu'à une série par session. Le candidat doit annoncer au directeur de l'Ecole, un mois à l'avance, le mode d'examen qu'il choisit.

Art. 36. Dans le cas où les épreuves seraient subies en deux séries, la première comprendra une composition et cinq interrogations, et la seconde deux compositions et cinq interrogations, au choix du candidat. Ce choix doit être annoncé au directeur de l'Ecole un mois avant l'examen.

Art. 37. Le candidat qui échoue à la seconde série d'épreuves après avoir réussi à la première, reste au bénéfice de celle-ci.

Art. 38. Si le candidat a subi avec succès les épreuves écrites et orales, il est admis à présenter et à soutenir sa dissertation et ses thèses.

Art. 39. La dissertation doit être l'étude approfondie et personnelle d'un sujet ayant une portée commerciale et pris dans les matières énumérées aux articles 17 et 18 ci-dessus. Le sujet doit être indiqué au directeur et adopté par le Conseil de l'Ecole.

Art. 40. Les thèses doivent porter sur toutes les branches de l'examen et être de nature à provoquer la discussion.

Art. 41. La dissertation et les thèses sont remises manuscrites au directeur. Le Conseil de l'Ecole les fait examiner par une commission qui, s'il y a lieu, fait accorder l'imprimatur par le directeur. Celui-ci le donne sans se prononcer sur les opinions du candidat. Cette autorisation ne préjuge pas de la décision finale.

Art. 42. La soutenance a lieu, en séance publique, devant la commission qui a examiné la dissertation. Tous les membres du Conseil de l'Ecole peuvent prendre part à la soutenance avec voix délibérative. Seuls les membres de la commission sont indemnisés.

Art. 43. La dissertation est imprimée au minimum de 250 exemplaires. Ces exemplaires sont déposés au secrétariat de l'Université.

Art. 44. Exceptionnellement, la dissertation et les thèses peuvent être présentées, et leur impression autorisée, avant les examens ou au cours de ceux-ci.

Art. 45. Une œuvre scientifique importante, publiée dans les cinq dernières années, peut exceptionnellement être admise comme dissertation. Il sera fait mention, sur la couverture des exemplaires déposés à l'Université, de la date et du titre anciens.

Art. 46. Le candidat dépose entre les mains du secrétaire-caissier de l'Université la somme de 160 francs au moment où il prend son inscription et de 80 francs au moment où il remet sa dissertation. Si le candidat use de la faculté de subir son examen en deux séries, le dépôt à effectuer est de 80 francs pour chacune des deux séries et de 80 francs pour la dissertation.

Art. 47. Le candidat au doctorat porteur de la licence ès sciences commerciales de l'Université de Lausanne ne sera tenu qu'au versement de 150 francs, soit, en cas de division, 50 francs pour chaque série et 50 francs pour la dissertation.

Art. 48. En cas d'insuccès à l'examen, ou de refus de la dissertation, la moitié de la somme versée est restituée au candidat.

Art. 49. Pour le surplus, les dispositions du Règlement général de l'Université, du 18 janvier 1900, sont applicables à l'École des hautes études commerciales.

61. 14. Règlement général de l'Université de Neuchâtel. (Du 19 mai 1911.)

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Neuchâtel, vu l'art. 4 de la loi sur l'enseignement supérieur; entendu le Conseiller d'Etat, Chef du département de l'Instruction publique;

arrête:

Chapitre premier. — Dispositions générales.

Art. 1^{er}. L'Université a pour mission de donner aux étudiants les connaissances nécessaires aux carrières qui exigent une instruction supérieure, d'entretenir dans le pays une culture scientifique et littéraire, et de concourir au développement de la science en général. (Loi, art. 2.)

Art. 2. L'année universitaire comprend deux semestres. Le semestre d'hiver commence au milieu d'octobre et se termine fin mars. Le semestre d'été commence au milieu d'avril et se termine au milieu de juillet.

Des cours de vacances peuvent être donnés avec l'autorisation de la Faculté intéressée.

Art. 3. Dans la règle, les cours sont semestriels et comprennent une division complète d'une des disciplines enseignées dans l'une des Facultés.

Chapitre II. — Enseignement.

Art. 4. L'enseignement de l'Université est donné dans quatre Facultés (lettres, sciences, droit, théologie), auxquelles peuvent être annexées des sections répondant à des besoins spéciaux.

Art. 5. L'enseignement ordinaire de la Faculté des lettres comprend les matières suivantes: philosophie; — histoire de la philosophie; — psychologie; — pédagogie; — linguistique; — langue et littérature grecques; — langue et littérature latines; — littérature française; — histoire de la langue française; — langues romanes; — langue et littérature allemandes; — langue et littérature anglaises; — langue et littérature italiennes; — histoire et archéologie: — géographie; — économie politique et statistique.

Art. 6. L'enseignement ordinaire de la Faculté des sciences comprend les matières suivantes: mathématiques; — astronomie; — géodésie et météorologie; — mécanique; — physique; — chimie; — géologie et paléontologie; — minéralogie; — biologie; — anatomie comparée; — zoologie; — embryogénie; — anatomie et physiologie humaines; — hygiène; — botanique.

Art. 7. L'enseignement ordinaire de la Faculté de droit comprend les matières suivantes: introduction à la science du droit; — droit romain; — droit civil; — droit commercial; — droit pénal; — procédure civile; — procédure pénale; — droit public; — droit administratif; — droit international; — droit comparé; — médecine légale.

L'enseignement des sciences commerciales est donné dans une section spéciale et fait d'objet d'un règlement particulier.

Art. 8. L'enseignement ordinaire de la Faculté de théologie comprend les matières suivantes: l'encyclopédie des sciences théologiques; — la langue hébraïque; — l'histoire du peuple d'Israël; — l'archéologie biblique; — l'histoire ecclésiastique; — l'histoire des dogmes; — la théologie biblique de l'Ancien et du Nouveau Testament; — la dogmatique; — la morale; — l'exégèse et la critique de l'Ancien et du Nouveau Testament; — la théologie pratique; — l'histoire des religions.

Art. 9. La Faculté des lettres comprend un séminaire de français moderne pour les étudiants de langue étrangère.

Art. 10. Le séminaire de français moderne est dirigé par un professeur, nommé par le Conseil d'Etat sur la présentation de la Faculté des lettres. Il porte le titre de directeur, et fait rapport à la Faculté sur toutes les questions concernant la section qu'il dirige.

Il soumet à la ratification de la Faculté le choix des titulaires des cours de vacances ainsi que celui des conférenciers.

Art. 11. La répartition des chaires et des enseignements est déterminée par le Conseil d'Etat sur le préavis du Sénat.

Art. 12. A côté de l'enseignement représenté par une chaire déterminée d'autres branches d'enseignement pourront être ajoutées au programme, soit temporairement, soit d'une manière définitive, sur le préavis de la Faculté intéressée. Celle-ci sera consultée toutes les fois qu'il s'agira de la modification ou de la suppression d'une chaire établie.

Art. 13. Des cours libres peuvent être donnés soit par les professeurs ordinaires ou extraordinaires de l'Université, soit par d'autres personnes, dûment qualifiées, qui portent, pendant la durée de leur enseignement, le titre de privat-docent.

Art. 14. L'autorisation de professeur à titre de privat-docent est donnée par le Conseil d'Etat sur le préavis de la Faculté intéressée. Un règlement particulier détermine les conditions nécessaires pour obtenir le titre de privat-docent.

Art. 15. Les cours libres doivent porter sur des matières complémentaires de l'enseignement officiel, ou sur des matières nouvelles. S'ils portent sur des matières enseignées par un professeur titulaire, ils ne peuvent être donnés qu'après entente avec celui-ci.

L'autorisation de donner des cours libres est valable pour un terme de trois ans et peut être renouvelée après simple avis de la Faculté; l'autorisation est révoicable en cas d'abus.

Art. 16. Le programme de chaque semestre est élaboré par les conseils de Facultés, sous réserve de l'approbation du Département de l'Instruction publique.

Le programme du semestre d'hiver doit être établi avant le 1^{er} juin, celui du semestre d'été avant le 1^{er} février.

Art. 17. A la fin de chaque semestre, le doyen de la Faculté établit, sur la proposition des professeurs, l'horaire des cours du semestre suivant.

S'il se présente des conflits que le doyen ne parvienne pas à régler, le recteur les tranche souverainement après avoir entendu les intéressés.

Chapitre III. — Sénat.

Art. 18. Le Sénat est chargé de l'administration de l'Université.

Il est composé des professeurs ordinaires et des professeurs extraordinaires.

Le Sénat peut appeler à ses séances les professeurs suppléants ainsi que les chargés de cours, qui ont voix consultative.

Les professeurs honoraires ont le droit d'assister aux séances du Sénat avec voix consultative.

Art. 19. Le Sénat nomme, parmi ses membres et pour deux ans, son président, qui porte le titre de recteur.

Le recteur n'est pas immédiatement rééligible et il est, autant que possible, choisi successivement dans les diverses Facultés. Le recteur sortant de charge est vice-recteur.

Le Sénat nomme également pour deux ans le secrétaire et le bibliothécaire qui sont immédiatement rééligibles.

Art. 20. Le Sénat a les attributions suivantes:

- 1^o Il est chargé, avec le bureau et le recteur, de la surveillance générale et de la discipline de l'Université;
- 2^o il délibère: *a.* sur les questions qui lui sont soumises par le Département de l'Instruction publique; — *b.* sur les propositions des Facultés; *c.* sur les propositions individuelles qui trouvent l'appui de deux membres; — *d.* sur toutes les questions intéressant l'enseignement supérieur qui lui sont soumises par le recteur;
- 3^o il procède aux nominations réglementaires du recteur, du secrétaire et du bibliothécaire; il fait au Conseil d'Etat une double présentation de quatre délégués à la commission consultative pour l'enseignement supérieur, et une double présentation de cinq membres de la commission de gestion de la fortune de l'Université; il fait au Conseil communal de Neuchâtel une double présentation de deux délégués à la commission de la Bibliothèque de la Ville; il désigne les délégués chargés de le représenter;
- 4^o il présente, à la fin de l'année universitaire, un rapport au Département de l'Instruction publique sur la marche de l'Université.

Art. 21. Le Sénat se réunit au moins deux fois par semestre.

Le recteur est tenu de le convoquer, lorsque le quart des professeurs lui a adressé, à cet effet, une demande écrite indiquant l'objet de la convocation.

Art. 22. Les membres du Sénat sont convoqués par écrit, trois jours au moins avant la séance, sauf le cas d'urgence.

Les décisions sont prises à la majorité des suffrages; en cas de partage, la voix du recteur est prépondérante.

Aucune décision ne peut être prise sur une question qui n'aurait pas été mise à l'ordre du jour.

Art. 23. Les nominations que le Sénat est appelé à faire ont lieu au scrutin secret et à la majorité absolue des suffrages.

Toutefois, lorsque après deux tours de scrutin il ne s'est point formé de majorité absolue, l'élection a lieu à la majorité relative; si plusieurs candidats obtiennent le même nombre de voix, le sort décide.

Art. 24. Un membre du Sénat de l'Université ne peut prendre part à aucune votation relative à une question qui l'intéresse personnellement.

Art. 25. Lorsque le Sénat est appelé à se prononcer sur une question qui intéresse l'une des Facultés, il demande un préavis au conseil de cette Faculté.

Art. 26. Le Sénat peut renvoyer à des commissions tirées de son sein l'examen des questions sur lesquelles il est appelé à se prononcer.

Bureau.

Art. 27. Le recteur, le vice-recteur, le secrétaire et les doyens des quatre Facultés forment le bureau du Sénat.

Art. 28. Les attributions du bureau sont les suivantes:

- 1^o Il décide de toutes les questions d'administration courante et de discipline que le recteur lui soumet;
- 2^o il délibère sur les affaires qui lui sont renvoyées par le Sénat;
- 3^o il fixe l'époque des vacances et celle de l'ouverture et de la clôture des cours;
- 4^o il a l'inspection des archives de l'Université.

Recteur.

Art. 29. Le recteur est élu pour deux ans par le Sénat. Il ne peut refuser cette charge sans l'autorisation du Département de l'Instruction publique.

Art. 30. L'élection du recteur a lieu dans la première séance ordinaire du semestre d'été.

Le nouveau recteur entre en charge le premier jour de l'année universitaire suivante.

Il est présenté aux étudiants par le recteur sortant de charge, en séance publique et en présence du Sénat.

Art. 31. Les attributions du recteur sont les suivantes :

- 1^o Il représente l'Université auprès des pouvoirs publics ;
- 2^o il transmet au Département de l'Instruction publique les décisions, propositions, préavis, vœux du Sénat, du bureau et des Facultés ;
- 3^o il est l'intermédiaire obligé entre les professeurs et le Département de l'Instruction publique ;
- 4^o il préside le Sénat et le convoque toutes les fois qu'il le juge nécessaire ;
- 5^o il veille à la régularité de l'enseignement et à la discipline ;
- 6^o il exécute, avec le concours du secrétaire, les décisions prises par le Sénat, et prend toutes les mesures qui lui paraissent nécessaires pour assurer l'observation des lois et règlements ;
- 7^o il délivre les diplômes au nom de l'Université ;
- 8^o il surveille et contrôle les immatriculations et inscriptions, signe les cartes de légitimation des étudiants et tous les certificats et diplômes délivrés par l'Université ;
- 9^o il peut après avis du bureau, accorder les congés nécessités par des circonstances extraordinaires.

Secrétaire.

Art. 32. Le secrétaire est chargé, sous la surveillance du recteur, des procès-verbaux du Sénat et du bureau, de la correspondance, de la comptabilité, de l'inscription des étudiants et auditeurs et du soin des archives.

Art. 33. Le secrétaire a spécialement les attributions suivantes :

- 1^o Il est chargé de la correspondance ordinaire de l'Université, et soumet à la signature du recteur toutes les lettres transmises au Département de l'Instruction publique ;
- 2^o il procède à l'immatriculation et à l'inscription des étudiants, et tient à cet effet un registre des immatriculations, ainsi qu'un double registre des inscriptions par professeur et par étudiant ;
- 3^o il dresse un procès-verbal des séances du Sénat et du bureau ;
- 4^o il remplit les fonctions de trésorier, et à ce titre est chargé de la comptabilité et des recettes ; il établit à la fin de chaque semestre le tableau des parts afférentes des professeurs sur les droits d'inscription payés par les étudiants et les auditeurs ;
- 5^o il a le soin des archives, prépare les rapports sur les questions soumises au bureau, fait les communications à la presse, et d'une manière générale donne au public les renseignements sur tout ce qui concerne l'Université.

Art. 34. Le secrétaire peut, avec l'autorisation du bureau, s'adjoindre un aide chargé de le suppléer dans ses travaux, sous sa responsabilité.

Facultés.

Art. 35. Les professeurs ordinaires et extraordinaires et les chargés de cours de chaque faculté forment le conseil de cette faculté.

Les professeurs suppléants y ont voix consultative.

Les privat-docents peuvent y être appelés avec voix consultative.

Art. 36. Chaque conseil nomme pour deux ans, lors du renouvellement des autorités universitaires, son doyen, son vice-doyen, son secrétaire et son représentant dans la commission de la bibliothèque.

Art. 37. Le doyen convoque le conseil soit de son propre mouvement, soit à la demande du Sénat, du recteur ou de deux membres au moins de la Faculté.

Art. 38. Les conseils de Facultés sont chargés de la surveillance immédiate de tout ce qui a rapport à l'enseignement de la Faculté.

Ils délibèrent :

- 1^o Sur les objets relatifs aux programmes et aux examens ;
- 2^o sur les demandes de préavis qui peuvent leur être adressées par le Sénat, le bureau ou le recteur ;
- 3^o sur toutes les propositions relatives à l'enseignement qui peuvent être faites par l'un de leurs membres ;
- 4^o ils transmettent les résultats des examens de grades au recteur, qui délivre les diplômes au nom de l'Université.

Art. 39. Le conseil de la Faculté doit être consulté sur la création et la suppression soit des chaires, soit des cours ; sur les autorisations de suppléances et sur le choix des suppléants ; sur la désignation des chargés de cours et des titulaires aux chaires vacantes ou nouvellement créées.

Il adresse au recteur, par écrit, son avis motivé, avec documents et renseignements à l'appui.

Doyens.

Art. 40. Le doyen préside le conseil de la Faculté et pourvoit à l'exécution de ses décisions.

Il a la surveillance spéciale de la discipline de la Faculté.

Il assure la régularité des cours et conférences ; il peut à cet égard prendre les mesures urgentes et provisoires, d'accord avec le recteur, à la charge d'en référer au conseil de la Faculté.

Il règle le service des examens entre les membres de la Faculté.

Professeurs.

Art. 41. Les professeurs nouvellement nommés sont installés en séance publique par le chef du département de l'Instruction publique ou par le recteur.

Art. 42. Les demandes de congé d'une durée de huit jours peuvent être accordées par le recteur. Les congés plus longs sont de la compétence du département de l'Instruction publique.

Art. 43. Les professeurs qui ont l'intention de quitter leur enseignement doivent en prévenir le Conseil d'Etat un semestre à l'avance.

Chapitre IV. — Etudiants.

Art. 44. Pour être immatriculé comme étudiant à l'Université, il faut être âgé de dix-huit ans.

Exceptionnellement et sur l'avis conforme du doyen de la Faculté intéressée, le recteur peut accorder une dispense d'âge.

Art. 45. Sont immatriculés dans ces conditions d'âge les porteurs d'un certificat de maturité, d'un diplôme de bachelier, ou de titres jugés équivalents par le recteur et, dans les cas douteux, par le bureau.

Art. 46. Toute demande d'immatriculation doit être adressée au recteur de l'Université, et être accompagnée de certificats d'études.

Au vu de ces certificats, le recteur décide de l'admission, après avoir, s'il le juge opportun, pris l'avis du doyen de la Faculté intéressée.

Si l'étudiant est de nationalité étrangère, il doit présenter des certificats constatant qu'il a achevé toutes les classes d'un établissement qui prépare aux études universitaires de son pays, ou un certificat de sortie constatant qu'il a appartenu à une autre Université en qualité d'étudiant régulier.

Ces certificats restent déposés au secrétariat de l'Université jusqu'à l'immatriculation de l'étudiant.

Art. 47. L'admission prononcée, l'étudiant s'inscrit lui-même dans le registre d'immatriculation et le secrétaire de l'Université lui remet une carte de légitimation signée du recteur, un livret d'étudiant et un exemplaire des dispositions réglementaires concernant les étudiants.

Art. 48. Il est tenu au bureau du recteur un registre d'immatriculation dans lequel sont portés les noms et prénoms de chaque étudiant, la date et le lieu de sa naissance, sa nationalité, son domicile, ses titres et certificats.

Art. 49. L'immatriculation a lieu dans le mois qui suit l'ouverture des cours.

Exceptionnellement, le recteur peut autoriser l'immatriculation après ce délai.

Art. 50. Les conditions d'immatriculation sont les mêmes pour les deux sexes. L'immatriculation ne confère pas par elle-même le droit de se présenter aux examens de grade.

Art. 51. Les étudiants déjà immatriculés doivent, dans la première quinzaine de chaque semestre, faire renouveler leur carte de légitimation.

Art. 52. Lorsque l'étudiant a acquitté le montant des droits d'inscription auprès du secrétaire, il présente son livret à la signature des professeurs.

A la fin du semestre, l'étudiant présente de nouveau son livret à chacun des professeurs dont il a suivi les cours. Le professeur atteste, s'il y a lieu, l'assiduité de l'étudiant.

Ce livret est également visé par le recteur au moment de l'exmatriculation.

Les étudiants et auditeurs doivent procéder à leurs inscriptions dans le délai d'un mois, après l'ouverture des cours.

Art. 53. Tout étudiant doit suivre un minimum de six heures de cours pour prendre une inscription régulière.

De ces six heures, trois au moins doivent être suivies dans la Faculté où l'étudiant déclare vouloir s'inscrire.

Art. 54. Les personnes qui ne possèdent pas les qualités requises pour être immatriculées, peuvent être admises à suivre les cours en qualité d'auditeurs.

Les conditions d'âge sont les mêmes pour les étudiants et les auditeurs.

Art. 55. Les étudiants sont autorisés à former entre eux des associations, avec l'agrément du recteur.

Les statuts de ces associations doivent être soumis à l'approbation du bureau de l'Université et le recteur doit être avisé chaque semestre de la composition de leurs comités.

Art. 56. Les étudiants qui se rendent coupables d'une infraction à la discipline encourent des peines allant de la simple réprimande jusqu'à l'expulsion.

La simple réprimande est prononcée par le doyen de la Faculté et la suspension de moins d'un mois par le bureau de l'Université.

La suspension pour plus d'un mois et l'expulsion sont prononcées par le département de l'Instruction publique, sur la proposition du bureau de l'Université. Ceux qui en sont l'objet peuvent recourir au Conseil d'Etat.

Art. 57. Les peines disciplinaires graves encourues par un étudiant sont affichées au tableau de l'Université.

L'expulsion est communiquée aux établissements universitaires suisses, et, s'il s'agit d'un étudiant étranger, aux autorités universitaires de son pays.

Chapitre V. — Examens.

Art. 58. Les examens de l'Université font l'objet d'un règlement particulier.

Chapitre VI. — Contributions universitaires.

Art. 59. La finance d'immatriculation est de fr. 10 et celle du certificat de sortie (exmatriculation) est de fr. 5.

Le produit des finances d'immatriculation et d'exmatriculation est versé au Fonds de l'Université.

Art. 60. La finance d'études est fixée pour les étudiants à fr. 5 et pour les auditeurs à fr. 7 par semestre pour chaque heure hebdomadaire.

Cette finance est réduite de moitié pour les étudiants porteurs d'un diplôme suisse d'instituteur.

Les professeurs de l'Université reçoivent la moitié des finances de cours (loi art. 26).

Art. 61. La finance exigée pour les cours libres est fixée, avec l'assentiment du recteur, par les professeurs ou les privat-docents qui donnent ces cours et le produit leur en appartient.

Art. 62. Le département de l'Instruction publique peut, sur le préavis du recteur, dispenser les étudiants peu aisés d'origine suisse de tout ou partie du paiement des finances d'études.

Art. 63. Les finances pour l'usage des laboratoires sont déterminées par des règlements spéciaux.

Art. 64. La finance à payer pour le certificat d'études françaises est de fr. 15, celle du diplôme pour l'enseignement du français à l'étranger, de fr. 30.

La finance pour le diplôme de licence est de fr. 50.

Les étudiants qui n'ont pas passé au moins deux semestres à l'Université de Neuchâtel auront à payer une finance double, soit: fr. 30 pour le certificat, fr. 60 pour le diplôme et fr. 100 pour la licence.

La finance à payer pour le diplôme de doctorat est de fr. 200 pour les licenciés de l'Université de Neuchâtel et de fr. 300 pour les autres candidats.

La finance à payer pour le diplôme de licence ou de doctorat est versée, moitié avant l'examen, moitié à la réception du diplôme.

La somme payée par le candidat qui échoue ne lui est pas restituée.

La finance de licence et de doctorat est répartie, moitié à la Faculté, moitié à la fortune de l'Université.

Chapitre VII. — Bourses d'études.

Art. 65. Il est institué en faveur de jeunes gens appartenant à des familles peu aisées, des subsides ou bourses destinées à leur permettre de poursuivre et de terminer leurs études à l'Université.

Ces bourses sont accordées pour un an par le Conseil d'Etat, sur le préavis du département de l'Instruction publique.

Art. 66. Les demandes de bourses se font au commencement de l'année universitaire. Chaque postulant adresse sa demande par écrit au recteur de l'Université. L'avis du doyen de la Faculté doit être réclamé. Sa lettre doit être apostillée, selon le cas, par son père, sa mère ou leur représentant, et appuyée de pièces justificatives.

Le recteur transmet au département de l'Instruction publique la liste des postulants, avec les renseignements qui les concernent.

Art. 67. Les bourses sont réservées:

1^o aux étudiants neuchâtelois;

2^o aux étudiants suisses dont les parents sont établis dans le canton de Neuchâtel.

Art. 68. Les bourses sont de fr. 600 au maximum.

Art. 69. Les étudiants forcés d'interrompre momentanément leurs études pour cause de maladie continuent de recevoir pendant trois mois la subvention qui leur a été accordée.

Art. 70. La bourse peut être réduite de moitié ou retirée pour cause d'insuffisance de travail ou d'insuccès dans les examens.

Art. 71. Toute peine disciplinaire prononcée par le département de l'Instruction publique entraîne la suppression temporaire ou définitive de la bourse selon la gravité du cas.

Chapitre VIII. — Concours universitaires.

Art. 72. Il est institué annuellement dans chaque Faculté un concours pour la présentation de travaux traitant un sujet déterminé. Une somme est fixée par le budget pour récompenser les meilleurs travaux.

Art. 73. Pour être admis au concours, il faut être inscrit comme étudiant.

Art. 74. Les sujets de concours sont choisis annuellement par les conseils de Facultés.

Art. 75. Le concours reste ouvert pendant une année; les travaux doivent être remis aux doyens des Facultés le jour de l'ouverture de l'année universitaire.

Aucun travail n'est admis, s'il n'est pas livré au terme indiqué ci-dessus.

Le travail doit être anonyme; le nom de l'auteur est indiqué dans une enveloppe cachetée, et celle-ci porte une épigraphe répétée en tête du travail.

Art. 76. La langue française est de règle pour les travaux de concours.

Toutefois, l'emploi de l'allemand, de l'anglais ou de l'italien est admis pour les sujets relatifs à ces langues. Il en est de même de la langue latine pour les sujets de philologie classique.

Art. 77. Les Facultés décernent aux travaux de concours qui en sont jugés dignes des prix dont le maximum est de fr. 300.

Art. 78. La proclamation des prix se fait, dans la règle, en séance publique présidée par le recteur.

Les rapports de Facultés sur les travaux des concours sont annexés au rapport annuel du recteur.

Chapitre IX. — Bibliothèque.

Art. 79. La bibliothèque de l'Université est administrée par un bibliothécaire nommé tous les deux ans par le Sénat. Il est assisté d'une commission composée d'un délégué de chaque faculté et présidée par le recteur.

Art. 80. Le bibliothécaire est spécialement chargé du service d'échange des dissertations et autres publications universitaires.

Art. 81. La bibliothèque de la ville de Neuchâtel est à la disposition des professeurs et étudiants de l'Université aux conditions déterminées par un règlement.

L'Université est représentée dans la commission de cette bibliothèque par deux professeurs choisis par le conseil communal de Neuchâtel sur une double présentation.

Chapitre X. — Fortune de l'Université.

Art. 82. L'Université constitue une personne morale, capable de recevoir des libéralités avec ou sans affectation spéciale. Ces libéralités ne peuvent toutefois être acceptées qu'avec l'autorisation du Conseil d'Etat.

Art. 83. La fortune de l'Université comprend:

1^o Le Fonds de l'Université;

2^o les Fonds constitués par des dons sans affectation spéciale.

Aussi longtemps que le Fonds de l'Université n'aura pas atteint la somme de cinquante mille francs, il s'augmentera par la capitalisation de la moitié au moins des intérêts. Lorsqu'il aura atteint cette somme, les intérêts seront disponibles en totalité.

Le Sénat de l'Université décide de l'emploi des intérêts disponibles.

Art. 84. L'emploi des fonds donnés ou légués avec affectation spéciale est régi par des règlements particuliers.

Art. 85. La gestion de la fortune de l'Université est confiée à une commission de cinq membres, nommée pour trois ans par le Conseil d'Etat, sur une double présentation faite par le Sénat de l'Université.

Les décisions concernant l'emploi des revenus de la fortune de l'Université, ainsi que les comptes annuels, sont soumis à l'approbation du Conseil d'Etat.

Art. 86. En cas de suppression de l'Université, sa fortune reviendra à l'Etat pour être affectée à l'enseignement supérieur.

Art. 87. Le présent règlement abroge celui du 10 février 1899 et toutes les dispositions contraires.

Nachtrag.

62. 1. Loi modifiant l'article premier de la loi du 17 mai 1902 sur l'instruction publique supérieure dans le canton de Vaud. (Du 1^{er} septembre 1909.)

Le Grand Conseil du canton de Vaud, vu le projet de loi présenté par le Conseil d'Etat; vu l'article premier de la loi du 17 mai 1902, modifiant l'article premier de la loi du 12 février 1898, modifiant lui-même l'article 40 de la loi du 10 mai 1890 sur l'instruction publique supérieure;

Décète:

Article premier. L'article premier de la loi du 17 mai 1902, modifiant l'article premier de la loi du 12 février 1898, modifiant lui-même l'article 40 de la loi du 10 mai 1890, sur l'instruction publique supérieure, est modifié comme suit:

L'Université confère les grades et diplômes suivants: 1. Licence en théologie; — 2. licence en droit; — 3. licence en lettres; — 4. licence en sciences sociales; — 5. licence en sciences (mathématiques, physique ou naturelles); — 6. licence en sciences pharmaceutiques; — 7. diplôme d'ingénieur-constructeur; — 8. diplôme d'ingénieur-mécanicien; — 9. diplôme d'ingénieur-chimiste; — 10. diplôme d'ingénieur-électricien; — 11. diplôme de chimiste-analyste; — 12. diplôme d'études de police scientifique; — 13. doctorat en théologie; — 14. doctorat en droit; — 15. doctorat en médecine; — 16. doctorat en lettres; — 17. doctorat en sciences sociales; — 18. doctorat en sciences.

Art. 2. Le Conseil d'Etat est chargé de l'exécution de la présente loi, qui entrera immédiatement en vigueur.

Donné, sous le grand sceau de l'Etat, à Lausanne, le 1^{er} septembre 1909.

63. 2. Loi concernant la discipline scolaire et les arrêts de discipline dans les écoles du canton de Neuchâtel. (Du 25 septembre 1893.)

Le Grand Conseil de la république et canton de Neuchâtel, sur la proposition du Conseil d'Etat et d'une Commission spéciale,

Décète:

Art. 1^{er}. Les commissions scolaires ont le droit et le devoir de réprimer, chacune dans sa circonscription, conformément aux règlements qu'elles élaborent, les infractions à la discipline scolaire.

Le règlement peut prévoir, comme plus forte pénalité à infliger aux délinquants, les arrêts scolaires jusqu'à trois fois huit heures, à subir de jour, entre huit heures du matin et quatre heures du soir.

Le règlement peut aussi établir l'amende jusqu'à cinq francs, à prononcer par le juge de paix, sur plainte de la Commission scolaire, contre les personnes responsables de l'enfant, qui, par leur négligence, le laissent commettre des actes d'indiscipline.